

lieferung politischer Verbrecher, nach Preußen überführt. In Breslau interniert, brachten ihm alte Prozeßprozeße weitere Strafen ein.

Während Keller im Gefängnis saß, gründete Schlesinger die „Breslauer Gerichtszeitung“. Er nahm seinen früheren Redaktionskollegen Keller sofort in seine Redaktion. Hier arbeitete dieser sich sehr schnell ein. Er verstand aus der trockensten Gerichtsverhandlung etwas zu machen und zweimal in der Woche erwartete er in einer Brauerei seinen Freund, den Herrn Landgerichtsdirektor, der ihm ein lieber und taktfester Aneipumpan geworden war. Der Direktor wußte, was Keller für Stoffe gebrauchte, und er sammelte fleißig für ihn und wußte jedesmal so viel und so vortrefflich zu erzählen, daß Keller die schönsten Artikel gewissermaßen schon halb fertig geliefert bekam.

Als von Hermann Zimmer die „Neue Breslauer Gerichtszeitung“ gegründet wurde, blieb Keller bei der „Alten“. Wohl durch seinen Umgang mit Schlesinger entfremdete sich Keller immer mehr der Partei; nur äußerst selten ließ er sich noch bei gesellschaftlichen Zusammenkünften sehen.

Am Ende der achtziger Jahre übersiedelte Keller nach Berlin, wo er sich als Leiter des lokalen Teiles des „Berliner Tageblattes“ großes Ansehen erwarb. Er starb in Berlin im Jahre 1901 im Alter von 47 Jahren.

RUDOLF SCHUMACHER

Der Schneidermeister Rudolf Schumacher war gleich nach Beendigung des Feldzugs von 1870/71 in der Breslauer Sozialdemokratie tätig. Er gehörte zu ihren geistreichsten und humorvollsten Vertretern; aus den gefährlichsten Situationen wußte er sich mit einem Schlagler herauszuhauen. Er stellte sich Professor L u j o B r e n t a n o als Gegenredner und als ihn einst Professor A d o l f W a g n e r arg in die Enge trieb, hatte er doch die Stimmung auf seiner Seite, als er erklärte: „Daß ein Professor reden kann, ist nicht zu verwundern, aber er soll auch praktisch sein und einen Rock machen können.“ Schuhmachers Humor und Mutterwitz hat etwa zwei Jahrzehnte hindurch im Breslauer Parteileben eine Rolle gespielt. Seine Referate gehörten zu den gesuchtesten. Wenn er im „Kupferhammer“ am Biertische erschien, drehte sich förmlich alles um ihn, den „großen Bürger“. In den Jahren 1876 bis 1878, als das Parteileben in voller Blüte stand, inserierten Gastwirte in der „Wahrheit“ ihre Schlachtfeste und Eisbeinessen und gaben zuweilen dabei bekannt, daß Rudolf Schumacher zugegen sein würde. Sie durften dann mit Sicherheit auf einen guten Besuch rechnen. In den Kreisen der Genossen kursierte das nachstehende Gedichtchen:

Der Kracker hält gern zum Narren
Und Feltenberg macht Zigarren.
Schlesinger macht in Schacher,
Schwadronieren tut Schumacher.
Paul Klätschel der maukt immer,
Vor der Arbeit drückt sich Zimmer.
Max Schütte sauft ruhig weiter:
In Breslau ist es heiter!

Schumacher gehörte zuerst der Eisenacher Richtung der Partei an, als aber dann durch das Eingreifen von Reinders die Lassalleaner Oberwasser bekamen, kämpfte er mit diesen. Mit Reinders agitierte er in den Schlesiischen Kreisen und in der Umgebung Breslaus. Am 3. März 1872 war ein großer Schneiderstreik, den Schumacher leitete; er war aber auch eifrig bemüht, andere Berufe zu organisieren und für sie Widerstandskassen zu gründen. Bald darauf leitete er eine Lohnbewegung der Müller. Außer auf eine Erhöhung der Löhne zielte diese auf die Verkürzung der Arbeitszeit von 18 auf 12 Stunden, die Abschaffung der regelmäßigen Sonntagsarbeit und der Unrede mit „Du“ ab.

Zur Zeit des Kleinrieges mit der Polizei eröffnete Schumacher am 14. Dezember 1874 eine Versammlung. Er wurde sofort verhaftet und in das Stadtgefängnis „Die Schmerzhafte“ eingeliefert, wo man ihn zur Verfügung der Staatsanwaltschaft hielt. Eine Woche zuvor hatte den Tischlermeister Fischer aus

Klein-Tschansch dasselbe Schicksal betroffen und so wollte Schumacher der nächste sein, der inhaftiert wurde. Für die „Wahrheit“ sammelte er Abonnenten und Inserate. Im Jahre 1877 hatte er einige Strafverfolgungen zu erdulden. Welcher Geist dabei die Breslauer Richter beseelte, läßt sich aus dem Satze einer Urteilsbegründung erkennen, der besagt: „Auf Geldstrafe zu erkennen, hält das Gericht gegenüber den Tendenzen der Sozialdemokratie für unangemessen.“ Nach den Attentaten auf Wilhelm I. gab es eine Epidemie der Majestätsbeleidigungsprozesse. Auch Schumacher wurde verhaftet und so schnell arbeitete damals die Justiz, daß er bereits vier Tage später vor den Richtern stand, die ihn freisprechen mußten.

Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, blieb Schumacher in den ersten Reihen tätig. Mit seinem unverwüßlichen Humor ertrug er alle Schikanierungen, Haussuchungen, Verhaftungen usw. Sehr oft heiterte er die Genossen in ihren trüben Stimmungen durch seine witzigen Einfälle auf. Eigene Versammlungen waren unmöglich, deshalb verlegte sich Schumacher auf das Besuchen der gegnerischen Veranstaltungen. Dort war er wegen seiner Schlagfertigkeit kein gern gesehener Debatter und mehrmals wurde ihm der Einlaß verweigert. Einen mächtigen Effekt erzielte er in einer Versammlung des Reformvereins; seitdem sandte ihm Liebermann von Sonnenberg unentgeltlich seine „Neue deutsche Volkszeitung“ zu. Die „Breslauer Morgenzeitung“ referierte über Schumachers durchschlagendes Auftreten in ironischem Tone und stellte ihn als den neuen Heiland der Konservativen hin. Doch dieser „Heiland“ hat nicht nur der konservativen, sondern auch der liberalen Richtung der „Morgenzeitung“ noch manchmal in die Suppe gespuhkt.

Zur Reichstagswahl 1887 war den Genossen jede Möglichkeit genommen, Lokale zu Wählerversammlungen zu erhalten; die Vorbereitungen zu den Wahlen in beiden Breslauer Kreisen mußten aber getroffen werden. Daher griff man wieder zu dem Mittel der geheimen Zusammenkünfte. Es wurde zur „Freisprechung eines Tischlergesellen“, zum 23. Januar, nach dem „Aergarten“ eingeladen. Paul Singer aus Berlin war erschienen. Als etwa 100 Genossen versammelt waren, erschien die Polizei. Nach den verschiedensten Richtungen gingen die Genossen auseinander, trafen sich aber wieder in „Schaffgotschgarten“, wo trotz der Winterkälte Singer zu den Genossen sprach. Aber bald war wieder die Polizei zur Stelle, die sich bei dem frei liegenden Lokale nicht unbemerkt nähern konnte. Die Genossen zerstreuten sich. Auf dem Heimwege begegneten ihnen mehrere Droschken mit Schutzleuten, doch die Polizei konnte nur noch wenige Namen feststellen. Diese Zusammenkunft hatte für manchen Teilnehmer böse Folgen.

Die Veranstaltung war der Polizei „verpiffen“ worden; auch wußte dieselbe bald die Namen der wichtigsten Teilnehmer.

Der Verdacht, ihr diesen Judasdienst erwiesen zu haben, richtete sich allgemein gegen Schumacher, der an den Veranstaltungen des Tages teilgenommen hatte. Ob er wirklich der Verräter war, ist nie mit absoluter Sicherheit festgestellt worden. Schumacher hatte ein enges Freundschaftsverhältnis mit dem Barbier Stephan geschlossen, den man stets als seinen „Knappen“ bezeichnete. Das wunderte manchen, da Stephan wenig Talent verriet und neben solch einem befähigten und geistreichen Manne wie Schumacher, sehr abfiel. Ob zu Recht oder Unrecht beide nun gemieden wurden, wird sich wohl niemals feststellen lassen.

Zum Geheimbundsprozeß 1887 war Schumacher als Zeuge geladen. Als sein Name aufgerufen wurde und er in den Saal trat, ging ein Gemurmeln durch die Reihen der Angeklagten. Landgerichtsdirektor Freitag vernahm ihn in strengem Tone und gab ihm zu verstehen, daß er ihn für einen gefährlichen Agitator halte. Ein Verteidiger stellte an Schumacher die Frage, ob er am Tage nach der Zusammenkunft im „Aergarten“ einen Bericht über sie an die Polizei eingeschickt habe? Schumacher wies diese Zumutung im Tone ehrlichster Entrüstung zurück.

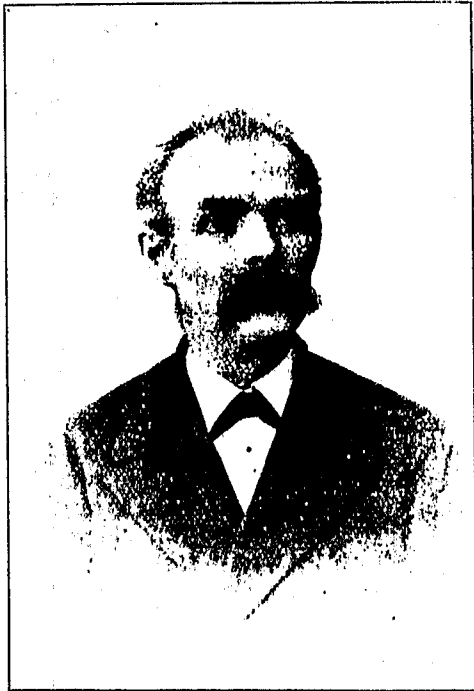
„Ob er dabei wirklich ein reines Gewissen hatte, vermochte ich nicht festzustellen, ich glaube es aber“, schreibt Max Schütte in seinem Berichte über jenen Prozeß. Schütte, der auch als Zeuge zu diesen Gerichtsverhandlungen erschienen war, hatte von dem Verdachte gegen Schumacher gehört, trotzdem verkehrte er in jenen Prozeßtagen aus alter Freundschaft mit ihm. Er behauptet, den festen Eindruck gewonnen zu haben, daß Schumacher ehrlich sei.

Rudolf Schumacher, der sich nicht wieder von dem Spitzelverdachte zu reinigen vermochte, hielt sich nun von der Partei fern; dieser lebenslustige Mann war mit aller Welt verfallen, total verarmt und ins Siechenhaus aufgenommen worden. Am 12. Januar 1901 verstarb er dort nach langen qualvollen Leiden im Alter von 71 Jahren. Er wurde auf dem Reformierten Friedhof an der Lohestraße beerdigt.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: Sollte hier die so berechnete Spitzelfurcht unserer Genossen nicht einen Unschuldigen getroffen haben?

WILHELM ZAPKE.

Zu der alten unentwegten Garde der Breslauer Sozialdemokratie gehört der Schlosser Wilhelm Zapke. Er war kein Redner, aber er zählte zu den unermüdlischen Pionieren, die von der frühesten Jugend an bis ins hohe Greisenalter in Reih und Glied ihre Pflicht erfüllten. Sie kannten nur das eine Ziel, trotz aller Gefahren und Verfolgungen den Sozialismus dem Siege zu-



zuführen. Schade, daß dieser treue und im schwersten Kampf erprobte Menschenschlag immer mehr dahinsinkt.

Zapke war in den Betriebswerkstätten der Oberschlesischen Eisenbahn beschäftigt, er wußte, daß er einmal wegen seiner politischen Betätigung seine Stellung verlieren würde, aber dies alles hielt ihn nicht ab, für seine Ideen zu kämpfen. Er gehörte zu den siebzehn Vorkämpfern, die am 30. März 1868 den fortschrittlichen Arbeiterverein zur Auflösung brachten und Einzelmitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurden. Ebenso wurde er

in die Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zur Gründung einer Breslauer Gemeinde dieses Vereins in die Wege leiten sollte. In der Gründungsversammlung am 16. Mai wurde er in den Vorstand gewählt, indem man ihm das Amt eines Zensoren übertrug. Nach einem Dekret Lassalles, vom 16. November 1863, mußte jede Gemeinde zwei solcher Zensoren haben, deren Funktion es war, die mit ihren Beiträgen säumigen Mitglieder zu mahnen und zur Zahlung anzuhalten.

Schon am 30. Mai wurde der Verein polizeilich geschlossen, da er mit anderen Vereinen, nämlich den Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in Verbindung stehe. Man wollte einen lokalen Verein gründen, und wieder finden wir Zapke in der Kommission tätig, die die Satzungen ausarbeiten sollte. Doch inzwischen kam die Eisenacher Richtung und unter Zapkes Mit-hilfe wurde ein Verein dieser Richtung gebildet. Dessen Aufgabe war nun zunächst, die Ideen der internationalen Richtung auch in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen. Zapke gehörte dem Verein als Vorstandsmitglied an. In dem Bruderkriege der Lassalleaner und Eisenacher gaben die Letzteren am 17. Januar 1873 ein Flugblatt gegen die Lassalleaner heraus, welches schwere Beleidigungen enthielt. Zapke, der es mit unterzeichnet hatte, wurde zu zwanzig Talern Geldstrafe verurteilt. Auch in der geeinigten Partei erfüllte er seine Pflicht und blieb auch nach dem Ausbruch des Sozialistengesetzes in den vordersten Reihen tätig.

Es kam die Zeit der geheimen Gruppenbildungen in der Partei, und dies war so recht nach dem Geschmade unseres an Kleinarbeit gewöhnten Zapke. Zwar hatte ihn schon einmal das Königliche Appellationsgericht zu Glogau, am 7. Juli 1869, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu fünf Talern Geldstrafe verurteilt, doch er hatte sich nicht gebessert, da er gebraucht wurde, war er zur Stelle. Zapke wußte, daß die Polizei von dem ihr zur Verfügung stehenden Reptilienfonds ausgiebigen Gebrauch machte und Spitzel anwarb, die ihr Zuträgerdienste leisteten, doch dies hielt ihn nicht zurück. An einem Sonntage war eine Zusammenkunft in den Gasthof zum „Rotkretscham“, Ohlauer Chaussee, angesetzt worden. Er war zuerst an Ort und Stelle. Zu seinem Erstaunen fand er dort den Kriminalkommissar Mayer. Als Zapke eine Weile in der Gaststube gesessen hatte, mußte er austreten. Der Polizeibeamte ging ihm nach und hielt sich nebenan im Klosetttraum auf, in dem Glauben, es sollten kompromittierende Schriftstücke versenkt werden. Er hatte sich geirrt. Zapke verließ bald darauf das Lokal und ging nach der Stadt zu, um die weiteren Eingeladenen zu warnen. Sie sind dann an einem Wochentage zusammengekommen, ohne von der Polizei belästigt zu werden.

In den Betriebswerkstätten, in denen er beschäftigt war, hatte Zapke den Vertrieb des „Sozialdemokrat“ praktisch organisiert. Er, der Drechsler Moriz Weinheber und einige

andere zuverlässige Parteigenossen, bezogen jeder für sich eine Anzahl Exemplare, die dann von Haus zu Haus, von Hand zu Hand wanderten. Selbstverständlich nur zu jenen, bei denen man Verschwiegenheit voraussetzte. Zapfe war aber der „Sozialdemokrat“ nicht scharf genug, er bezog und vertrieb noch die Moskische „Freiheit“ und den „Rebell“. Mit Hausdurchsuchungen wurde er oft belästigt. In der Zeit der Briefsperrre wurden an der holländischen Grenze Briefe nach Breslau angehalten. Die Hausdurchsuchungen bei den Adressaten folgten alsbald, darunter auch bei Wilhelm Zapfe. Das Ergebnis war gleich null, weshalb gleich einige Tage später eine neue Hausdurchsuchung folgte. Als auch diese ergebnislos blieb, wurde Zapfe zur Polizei bestellt. Dort jagte Kommissar Hartung zu ihm: „Herr Zapfe, Sie sind doch Familienvater. Sagen Sie uns die reine Wahrheit, dann passiert Ihnen nichts. Bleiben Sie aber bei Ihrem Leugnen, dann muß ich Sie für einen Sozialisten erklären und der Bahnverwaltung Anzeige erstatten.“ Zapfe gab zu, etliche Male verbotene Zeitungen zugesandt erhalten zu haben und auf näheres Befragen sagte er, daß diese aus Hamburg, aus Amsterdam und aus dem Reichslande gekommen seien. Auch die neugierige Frage nach der Farbe der Kuperts befriedigte er, indem er angab, diese seien „blau“ gewesen. Der Kommissar entließ ihn mit der Bemerkung: „Etwas haben Sie ja schon gesagt, aber noch nicht die volle Wahrheit!“

Einige Zeit später war wieder einmal in Stettin ein Brief an Zapfe angehalten worden und es erfolgte wieder eine Hausdurchsuchung nach dem in der Schweiz erschienenen „Rebell“. Unserem Genossen wurden dabei die Taschen durchwühlt, aber die Polizei fand darin nur einige Konzertprogramme. Uebrigens war diesmal die Polizeijagd nur nicht lang genug gewesen. Die auf rotem Papier gedruckte Nummer der „Freiheit“, die die Ermordung des Zaren Alexander II. von Rußland meldete, befand sich in der Wohnung, von Frau Zapfe unter Kartoffeln versteckt. Die Polizei wandte sich nun an die Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn, um die Entlassung Zapfes zu erreichen. Sie erzielte aber diesmal noch nicht den erwünschten Erfolg; denn der Maschineninspektor weigerte sich, den tüchtigen und zuverlässigen Arbeiter zu entlassen, da bei der Hausdurchsuchung nichts gefunden worden war.

Am 23. Januar 1887 nahm Zapfe an der geheimen Zusammenkunft im „Augarten“ teil, die von der Polizei aufgehoben wurde und er pilgerte mit nach „Schaffgotschgarten“, um Singer zu hören. Bei dieser Polizeijagd auf sozialdemokratisches Edelmilch wurden die Personalien Zapfes festgestellt. Der dünne Faden, an dem das Damoklesschwert seiner Entlassung hing, war damit durchrisßen. Die Polizei setzte seine Maßregelung durch. Zwar war jetzt der Hauptagitator aus dieser Betriebswerkstätte entfernt, doch das sozialdemokratische Gift wurde man dadurch nicht los. Zapfe hatte unter seinen Arbeitskollegen für Ersatz gesorgt.

Im Breslauer Sozialistenprozeß 1887 gehörte er zu den 37 Angeklagten. Einige Sätze aus der Anklageschrift seien hier angeführt:

„Zapfe gehört innerhalb der Verbindung der äußersten linken Seite an; es zeigt dies deutlich die Bemerkung von ihm: „er sei mit der gegenwärtig herrschenden parlamentarischen Strömung nicht einverstanden, da er die Schönrederei nicht liebe“ und weiter der Umstand, daß ihm Bezug nicht des offiziellen Parteiorgans, sondern der in London erscheinenden und durch Verfügung des Herrn Reichskanzlers vom 17. Januar 1879 verbotenen Zeitungen „Die Freiheit“ und „Der Rebell“ wenigstens für frühere Zeit nachgewiesen ist.“

Dies konnte jedoch nicht zur Anklage gestellt werden, da die Straftaten verjährt waren, soweit sie erwiesen erschienen. Doch erwiesen war für das Gericht:

„An den Bestrebungen der hiesigen Verbindung hat er sich indes unausgesetzt beteiligt, wie seine Anwesenheit bei den geheimen Versammlungen im „Augarten“, bei Köster, im „Eisbär“ und in Oswitz deutlich erkennen läßt.“ Dieses genügte aber dem Gericht, um Zapfe zu zwei Monaten Gefängnis zu verurteilen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Gericht einem Manne wie Zapfe nicht zutraute, daß er entsprechend seiner Gesinnung, sich von einer die Staatstätigkeit hemmenden und beeinträchtigenden geheimen Verbindung ausschließen würde.

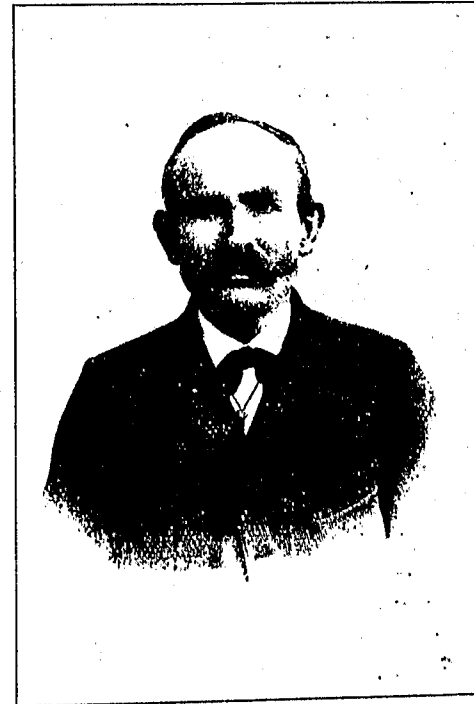
Als Wilhelm Zapfe behufs Strafverbüßung die gastlichen Räume des Gefängnisses in der Neuen Graupenstrafe aufsuchte, hatte dieser rote Sünder sich gleich anderen Staats- und gewöhnlichen Verbrechern zunächst einem Leib und Seele reinigenden Bade zu unterziehen. Beim Auskleiden bemerkte er, daß in seiner Rocktasche sich noch eine Nummer des so viel verfolgten „Sozialdemokrat“ befand. „Beschlagnahme ist gewiß, wenn man die verbotene Schrift entdeckt“, denkt Zapfe. Flugs ließ er das Blatt in seinem Rockärmel verschwinden, denn in seinem Hirn entwickelte sich der Gedanke, die Zeitung um jeden Preis zu behalten, um sie einem gefährlicheren Mitgefangenen heimlich zu übermitteln. Er dachte dabei an Heinrich Lux, der bereits lange Zeit über seine Taten nachdenken mußte. Ihm wollte er die Freude einer solchen Lektüre machen. Da aber bekanntlich ein Rockärmel kein dauernder Platz für derartige Sachen ist, praktizierte Zapfe die Zeitung mit kühnem Schwung in eine Hosentasche. Sorglos gab er sich dem Genuße des Bades hin, da sieht er mit Graußen, wie der Wärter sich über seine Kleidungsstücke hermacht, um sie nach verbotenen Gegenständen zu untersuchen. Ein Sprung aus der Badewanne, ein Griff und das Blatt war in seinen Händen. Zapfe zerriß es nun in kleine Stücke und warf die Fetzen in das warme Badewasser, in das er nun seelenruhig zurückstieg. Der Aufseher machte zwar ein verdutztes Gesicht, ließ aber den

Sozi ruhig gewähren, da er offenbar die Staatsgefährlichkeit dieses bedruckten Papiers nicht kannte. So war zwar Luz um seine Lektüre, aber auch die Staatsanwaltschaft um ein weiteres corpus delicti gekommen.

Bis an sein Lebensende blieb Zapfe der alte, treue Parteimann. Noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges sah der schwerhörig gewordene, weißhaarige Alte in den vordersten Reihen in unseren Versammlungen. Er starb am 29. Juni 1914. Da Zapfe am 17. Januar 1838 zu Breslau geboren war, hatte er ein Alter von 76 Jahren erreicht. Beerdigt wurde er auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde.

PAUL FRIEDRICH

Mit Stolz bezeichnete sich der Eisendreher Paul Friedrich stets als einen politischen Schüler seines Lehrgesellen Julius Scheil, und Scheil durfte auf seinen Zögling stolz sein. Friedrich war am 30. März 1849 zu Breslau geboren; schon am 19. Juli 1870 trat er dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Mitglied bei. Als durch Reinders Agitation am 22. Juli 1872 wieder



in Breslau eine Gemeinde dieses Vereins gegründet wurde, übernahm er als Kassierer die Leitung der Kassengeschäfte. Besonders hatte er die Einberufung und die Leitung der von den Kassalern veranstalteten Versammlungen zu erledigen. Dabei holte er sich seine ersten Strafen. Am 29. Mai 1874 wurde Friedrich wegen Zuwiderhandelns gegen das Vereinsgesetz zu 10 Talern Geldstrafe und am 25. Januar 1875 wegen desselben Vergehens zu 30 Talern Geldstrafe verurteilt. Im Jahre 1883 vertrat Friedrich die Breslauer Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf der Generalversammlung in Frankfurt a. M.

Schon am fünften Tage nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde die Breslauer im Jahre 1875 gegründete Metallarbeitergewerkschaft, die eine eigene Krankenkasse unterhielt, aufgelöst. Bei dem Herannahen des Gesetzes hatte man die Krankenkasse von der Gewerkschaft getrennt, auch wurde in Hamburg die „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter“ nach dem Hilfskassengesetz vom Jahre 1876 gegründet. Dieser traten die Breslauer Krankenkassenmitglieder aus den Reihen der Metallarbeiter bei, da ihre selbständige Kasse nach 1½ Jahren ebenfalls aufgelöst wurde. Die Krankenkasseninteressen der Metallarbeiter lagen in den Händen Paul Friedrichs bis zu seinem Lebensende. Auf dem Gebiete der Freien Hilfskassen hatte sich Friedrich zu einer Autorität entwickelt. Als während dem Ausnahmegesetz die Beratung der Krankenkassengesetznovelle erfolgte, hatte er die sozialdemokratische Fraktion in den Besitz von schlagkräftigem Material gesetzt, welches bei den Beratungen eine große Rolle spielte.

Im Arbeitsverhältnis wurde er kurz hintereinander aus fünf Fabriken gemäßigert. Erwerbslosenunterstützung gab es damals noch nicht und auch von Maßregelungsunterstützung war kaum die Rede. Wie sollte sie auch geleistet werden bei einem Wochenbeitrag von 15 Pf., wofür noch die Zeitung gratis geliefert wurde? So kam es, daß Friedrich mit seiner Frau und fünf Kindern oft bittere Not leiden mußte; doch selbst die Richter mußten ihm später im 1887er Prozeß zugestehen, daß er trotz seiner außergewöhnlichen politischen Tätigkeit stets treu für seine Familie gesorgt habe. Als die Not am größten war, übernahm er eine sofort zu besetzende Werkmeisterstelle in der Januscheffschen Maschinenfabrik in Schweidnitz. Mehrere Breslauer Gemäßigerte fanden bei ihm Zuflucht, ein Fachverein wurde gegründet und jede freigewordene Stelle in der Fabrik durch einen Organisierten besetzt. Nach zwei Jahren wurde Friedrich durch unvorsichtiges Verhalten von Vereinsmitgliedern die Stellung gekündigt, worauf er eine gleiche Stellung in Lodz (Polen) annahm. Das dortige Unternehmen wurde nach 1½ Jahren aufgelöst und Friedrich kehrte nach Breslau zurück, wo er in der Maschinenfabrik A. Niedlich Beschäftigung fand. Sofort war er wieder in der Breslauer politischen und gewerkschaftlichen Agitation tätig.

Am 29. März 1883 trat in Kopenhagen der Kongreß der Deutschen Sozialdemokratie zusammen. Die Schweizer Grenze von Lindau bis Basel war mit Polizei und Spitzeln förmlich besetzt, glaubten doch die Behörden, der Kongreß würde in der Schweiz stattfinden. Als die Polizei ihren Reinfall bemerkte, waren die Vögel im Norden bereits wieder ausgeflogen. Unter den 60 Delegierten befand sich Paul Friedrich als Vertreter der Breslauer Parteigenossen. In das Fremdenbuch des Kopenhagener Hotels hatte er sich unter dem Namen Folbrück eingetragen und hatte er

auch der dänischen Polizei gegenüber diesen Namen gebraucht. Dies haben ihn später deutsche Richter böse büßen lassen, in Dänemark kümmerte sich niemand darum.

Im großen Breslauer Geheimbundsprozeß kam Friedrich mit auf die Anklagebank, vorher mußte er, wie so viele der anderen Angeklagten, eine monatelange Untersuchungshaft erdulden. Sein Antrag auf Entlassung aus der Untersuchungshaft wurde wegen „Fluchtverdacht“ abgelehnt, es lägen polizeiliche Anzeigen vor, nach denen Friedrich nach Zürich zu flüchten beabsichtige. Auf diesem Gerichtsbeschuß befindet sich eine Bemerkung von der Hand unseres Genossen folgenden Wortlauts: „Unsinziger Vorwand für meine strenge Isolierhaft! — Nur ein Schurke verläßt den Kampfplatz zurzeit der Not! — Möge nun die Gemeinde für meine Frau und fünf Kinder sorgen, ich habe das Gefühl, daß sie nicht verderben werden.“ Man kann sich die Gefühle vorstellen, aus denen heraus Friedrich diese Bemerkungen in der kahlen Gefängniszelle schrieb. Er wünschte nun von der Staatsanwaltschaft zu wissen, wer die Behauptung aufgebracht hätte, daß er nach der Schweiz entfliehen wollte. Die Staatsanwaltschaft lehnte die Beantwortung dieser Frage ab.

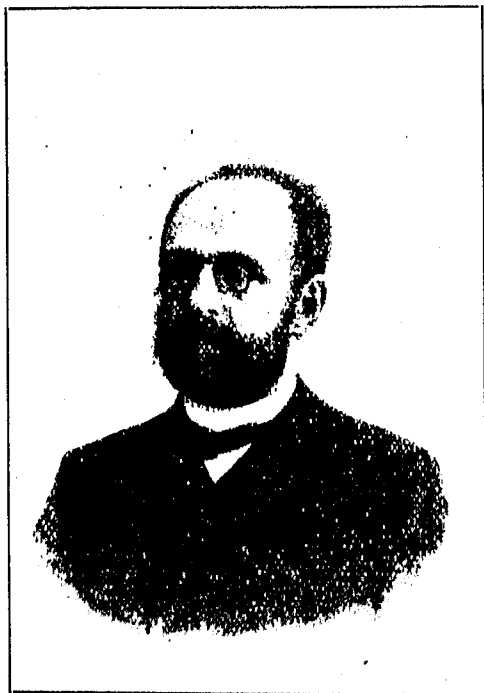
In der Anklage wurde ihm zunächst die Delegation nach Kopenhagen zum schweren Vorwurf gemacht. Er habe in Breslau eine rege Tätigkeit entwickelt, sei in der Versammlung im „Kurgarten“ gewesen und habe sich bei den Versammlungen im Röslerschen Lokale, in der Lohestraße 100 und im „Eisbär“ beteiligt. Zwei bei ihm beschlagnahmte Notizbücher enthielten eine zahlreiche Masse von Notizen, welche ein Bild von seiner agitatorischen Tätigkeit ergeben. Es finden sich da Bemerkungen über Stimmenverhältnisse bei den Wahlen, über zu Wahlzwecken gesammelte Gelder, über Reisen, welche er zu auswärtigen Versammlungen, zum Beispiel in die Neuroder Gegend zu dem sogenannten gut besuchten schlesischen Parteitage, gemacht hat. Endlich hatte er zugegeben, Abonnent des „Sozialdemokrat“ gewesen zu sein, und habe er sich hierdurch der Anstiftung zur Verbreitung schuldig gemacht.

Friedrich wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, da das Gericht festgestellt hatte, daß er ein besonders rühriger Führer der geheimen Verbindung gewesen sei.

Er ist bis zu seinem Lebensende ein treuer Mitkämpfer unserer Bewegung geblieben. In Friedrichs letzten Lebensjahren hatte die Krankheit immer mehr von seinem Körper Besitz ergriffen, er starb am 2. Juni 1913 im Alter von 64 Jahren in Breslau. Zu seiner Beerdigung auf dem Freireligiösen Friedhofe begleitete ihn die Breslauer Parteifahne, zu der er einst den Entwurf geliefert hatte. Doch durfte das schöne rote Banner nicht enthüllt werden.

DR. RICHARD KAYSER

Dr. med. Kayser hatte sich schon als Student lebhaft für den Sozialismus interessiert. Sein Bruder Max, der spätere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, machte ihn mit Salo Färber bekannt, einem Kaufmann, der sich in der Eisenacher Richtung betätigte und mit Karl Marx Beziehungen unterhielt. Fortan verkehrten die beiden Kayser viel in Färbers Familie.



In ihrer Gesellschaft befanden sich auch öfter die sozialistischen Chemiker Max Meißner und Eduard Kother. Der letztgenannte war unter dem Schriftstellernamen Rothberg-Lindener ein sehr geschätzter Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse. Er starb Anfang August 1881 in Breslau, 32 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Als Max Kayser nach Berlin übersiedelte, blieb Richard in den Breslauer sozialdemokratischen Kreisen tätig. Er schloß sich der Eisenacher Richtung an und wurde Mitglied der Kontrollkommission der Partei. Im engeren Kreise der Parteigenossen

hielt er öfter belehrende Vorträge, auch verkehrte er viel mit Geißer. Als er dann auf einige Monate nach Wien übersiedelte, korrespondierte er von dort aus für das Breslauer Parteiblatt, „Die Wahrheit“. Später ließ er sich in Breslau als Spezialarzt für Nasen- und Ohrenleiden nieder. Als politisch Anrüchiger konnte er nicht Armenarzt werden, auch ließ man ihn nicht zur Eisenbahner-Krankenkasse zu.

Später nahm sein Bruder Max im Reichstage bei Beratung der Krankenkassengesetze die Gelegenheit wahr, öffentlich zu konstatieren, daß man seinen Bruder in Breslau nicht als Kassennarzt bestätigt hatte, weil dieser in ihm einen Bruder habe, der sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sei. „So etwas tut ein fortschrittlicher Magistrat!“, fügte der Abgeordnete Kayser hinzu.

Schon 1875 machten die Breslauer Sozialdemokraten den ersten Versuch, sich an der Stadtverordnetenwahl zu beteiligen, sie stellten im 9. Wahlbezirk Adolf Sepner auf, der mit Bebel und Liebknecht im großen Leipziger Hochverratsprozeß angeklagt gewesen war, und nicht nur für die 3. Abteilung, sondern auch als Kandidaten der 2. Abteilung. In letzterer erhielt Sepner nur eine Stimme. Höhnend schrieb dazu die „Breslauer Morgenzeitung“: „Bemerkenswert ist, daß die Sozialdemokratie, die zum ersten Male in die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen eintrat, überall abgewiesen wurde. Bemerkenswert dürfte noch sein, daß ihm (nämlich Sepner) die eine Stimme in der 2. Abteilung von einem studierten Manne, der das „Doktor“ vor seinem Namen trägt, gegeben wurde“.

Im Juli 1877 erfolgte die Maßregelung des Privatdozenten Eugen Dühring, was die Sozialdemokratie für eine Vergewaltigung der Lehr- und Forscherfreiheit betrachtete. Die Breslauer Sozialdemokraten hielten eine Protestversammlung ab, in der Maximilian Schlesinger referierte. In der Debatte sprach auch Dr. Kayser. Besonderen Eindruck machte es, als er ausrief: „Wir treten nicht für die Person Dührings ein, sondern für die Freiheit der Wissenschaft. Die akademische Jugend hat für dieselbe einzutreten, doch sie hat den idealen Sinn verloren und dieser ist auf die Arbeiter übergegangen!“

Eine der brutalsten Maßnahmen der Behörden war während des Ausnahmegesetzes die Briefsperrre. Tausende Breslauer Einwohner, die im Verdachte standen, Sozialdemokraten zu sein, erhielten ihre Briefschaften erst ausgeliefert, nachdem sie von der Post dem Amtsgericht zugestellt und dort geöffnet und durchschnüffelt worden waren. Die Posteingänge gingen dann erst, meist mit einer Verspätung von acht Tagen und mehr, dem Adressaten zu. Dr. Kayser erreichte eine Postkarte, die ihn zum umgehenden Besuch an ein Krankenbett rief, in Folge des gerichtlichen Umweges, 24 Stunden zu spät. In einem anderen Falle erhielt Kayser, gegen den doch keine Unterjuchung schwebte, und

gegen den doch nicht der geringste Verdacht bestehen konnte, daß er verbotene Schriften verbreite, einen an ihn adressierten Brief mit folgendem Begleitschreiben zugestellt:

Breslau, den 18. VIII. 1880.

Beifolgenden Brief erhalten Sie mit dem Bemerkten zurückgesandt, daß derselbe gerichtlich beschlagnahmt worden ist, um zu prüfen, ob darin verbotene sozialistische Druckschriften vorhanden sind.

Königliches Amtsgericht.

Beyer, Gerichtsschreiber i. V.

Auf eine Beschwerde hin, erging der folgende Beschluß:

Die Verfügung des Königlichen Amtsgerichts vom 7. bzw. 9. Juni 1880 wird, insoweit dieselbe die Beschlagnahme aller von Julius Kräcker und Dr. Kayser hier gerichteten Briefe, Postsendungen und Telegramme betrifft, hierdurch auf die Beschwerde der genannten Personen aufgehoben, weil seit dem Tage der Beschlagnahme bereits eine sehr geraume Zeit verstrichen ist, ohne daß die Beschlagnahme zu irgend einem Resultat geführt hat.

Breslau, den 24. VIII. 1880.

Königliches Landgericht. Ferienstrastammer.

(gez.) Giersberg, Gaede, Kroll.

In diesem Entscheid wurde die Briessperre nur in einzelnen, bestimmten Fällen aufgehoben, weil diese zu keinem Resultat geführt hatte.

Das Kesseltreiben gegen den Reichstagsabgeordneten Max Kayser hatte begonnen. Wie ein geheßtes Wild wurde der Todkranke in Deutschland von Ort zu Ort gejagt. Der Sterbende eilte nach Breslau in die Arme seiner Mutter und in die Pflege seines Bruders Richard. Am 29. März 1888 erlag Max seinen Leiden.

Im Januar 1919 übertrugen die Breslauer Genossen ihrem alten Freunde Dr. Richard Kayser ein Stadtverordnetenmandat, das er trotz seines Alters mit seltener Treue und unermüdllichem Pflichteifer ausübte.

Genosse Dr. Kayser ist noch der einzige lebende Mitsstreiter aus den Anfängen der Breslauer Sozialdemokratie.

MAX KAYSER

Der Anhänger der Eisenacher Richtung der Partei, Salo Färber, hatte den 16jährigen Handlungsgehilfen Max Kayser mit den Lehren des Sozialismus bekannt gemacht und damit der Partei einen ihrer idealsten Vertreter gewonnen. Obgleich Kayser sehr bald Breslau verließ, blieb er doch mit den Breslauer Genossen stets in engster Fühlung und weilte oft und gern in



Schlesiens Hauptstadt; wie oft hat er im Reichstage, obgleich er Vertreter sächsischer Wähler war, spezielle Breslauer Angelegenheiten zur Sprache gebracht.

Soweit sich nachweisen läßt, ist Max Kayser am 1. August 1874 zum ersten Male in Breslau öffentlich aufgetreten. Im „Reloziped“, Ecke Behner- und Groschengasse, tagte eine von den Lassalleanern einberufene Versammlung, in der Klein-Elberfeld über „Staatshilfe und Selbsthilfe“ referierte. Kayser griff in die Diskussion ein und behandelte das Genossenschaftswesen.

Durch den Tod von Bürgers im Reichstagswahlkreis Breslau-West hatten die Breslauer den ersten Wahlkampf unter dem Ausnahmegesetz zu führen. Die Freisinnigen verschafften sich die Abschrift der Wählerlisten und eröffneten nun ein umfangreiches Schleppsystem. Dies war für Breslau eine neue Einrichtung und Kaiser kritisierte sie im Reichstage. Die Wahlagitator hätte durch diese Einrichtung eine gewisse Nehmlichkeit mit dem Bauernfängersystem bekommen. Wie man dort einzelne Personen zum Rummelblättchen heranschleppt, so gehen auch hier die Schlepper los. Dieses System gleiche dem Unreihertum des Geschäftswesens. Weiter konstatierte er, daß konservative Kommunalverwaltungen lange nicht so hart mit der Streichung Armer aus den Wählerlisten verfahren, wie die fortschrittliche Stadtverwaltung in Breslau. Auch sei es in dieser Stadt eine besondere Polizeimanier, Leute, denen man sonst nichts anhaben könne, als daß sie Stimmzettel verteilen, von Polizeibeamten abfangen zu lassen. Sie werden auf die Polizeiwache gebracht und dort während des Wahlaktes sechs bis acht Stunden mit den Stimmzetteln festgehalten. Wenn sie dann aufs Hauptbüro geführt werden, heißt es: Es liegt nichts vor, Sie können wieder gehen!

Im ersten Vierteljahr 1880 war wieder einmal der Versuch gemacht worden, für die Breslauer Arbeiterschaft eine Zeitung erscheinen zu lassen. Unter Max Kaisers Redaktion gaben Zimmer & Co. den „Schleßischen Erzähler“ heraus. Doch bald erfolgte das polizeiliche Verbot.

Kaiser war bei allen Wahlbewegungen in Breslau mit tätig, während der im Jahre 1881 stattgefundenen traf er am 5. Mai, von Dresden kommend, auf dem Breslauer Oberschleßischen Bahnhof ein. Kaum hatte er das Bahnhofsgebäude verlassen, als ein Kriminalkommissar an ihn herantrat und ihn aufforderte, behufs Durchsuhung seiner Sachen ihm nach der Polizeiwache zu folgen. Kaiser wollte den staatsanwaltschaftlichen Befehl zu einer Durchsuhung sehen; der Kommissar aber erklärte, er habe auch ohne solchen das Recht zur Visitation, da „Gefahr im Verzuge“ sei. Kaiser mußte mit. Auf der Wache wurden sein Gepäck und seine Kleider gründlich durchschnüffelt und ihm einige Broschüren abgenommen. Dann konnte er, mit einer Bescheinigung versehen, gehen.

Zur Reichstagswahl 1887 stellten die Breslauer Genossen Max Kaiser zum Kandidaten für den Ostkreis auf. Er unterlag aber bei der Stichwahl. Gewählt wurde der konservative Oberpräsident für Schlessen, von Seydewitz. Kaiser, der in vier verschiedenen Wahlkreisen kandidiert hatte, errang nirgends ein Mandat.

Im Jahre 1882 wurde Kaiser wegen angeblicher Anstiftung zur Verbreitung verbotener Schriften vom Landgericht Dresden zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und zugleich gegen ihn

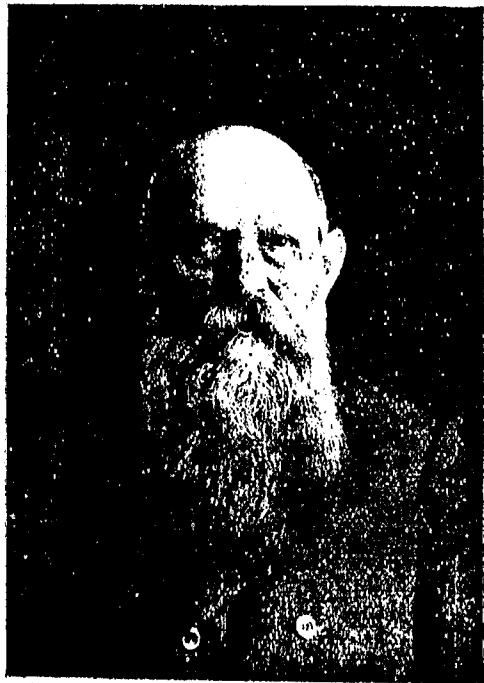
die Zulässigkeit der Aufenthaltbeschränkung (§ 22 des Sozialistengesetzes) ausgesprochen. Noch während er zur Verbüßung seiner Strafe im Gefängnis saß, wurde er auf Grund des sächsischen Heimatgesetzes aus Dresden, wo er Weib und Kind besaß, ausgewiesen. Als Kaiser das Gefängnis verließ, begann eine wahre Hezjagd gegen ihn. Wo er Aufenthalt nehmen wollte, wurde ihm derselbe verweigert. Zuerst geschah dies in ganz Sachsen, mit Ausnahme der Leipziger Kreishauptmannschaft. Später wurde Kaiser aus Breslau, dem Wohnorte seiner Mutter und seines Bruders, aus Elberfeld-Barmen, Solingen, Remscheid, Lennep und einer ganzen Reihe anderer Städte und Bürgermeistereien ausgewiesen. Schließlich nahm er gar keine Wohnung mehr, fuhr von Ort zu Ort und übernachtete im Eisenbahnwagen.

Dabei war Kaiser deutscher Reichstagsabgeordneter! Er litt an einer schweren Kehlkopferkrankung, die unter den geschilderten Umständen schnelle Fortschritte machte. Als Schwerkranker nahm er noch an den Parteitagsverhandlungen in St. Gallen teil. Auch den Sterbenden und selbst den Toten verschonte nicht die giftige Verfolgungswut der Mächtigen. Der Kehlkopfschnitt und die nachfolgende teilweise Entfernung des Kehlkopfes konnten den Unglücklichen nicht mehr retten. Da wollte er zu seinen Verwandten nach Breslau, um hier in den Armen seiner Mutter zu sterben. Mit großer Mühe nur war von der Polizei die Erlaubnis zur Ueberführung des Sterbenden nach Breslau zu erlangen. Sie verzichtete nicht einmal auf besondere Ueberwachungsmaßnahmen bei dem Transport. Schon nach einigen Tagen, am 29. März 1888, verstarb Max Kaiser.

Tausende von Breslauer Arbeitern begleiteten die Leiche ihres beliebten Führers nach der letzten Ruhestätte auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde an der Lohestraße, wo er nahe von Lassalles Grab eingebettet wurde. Als der Sarg zum Grabe getragen wurde, bildeten zwei Reihen von Schutzleuten Spalier. Auch ohne Grabreden wirkte die Trauerfeier im höchsten Grade erhebend.

AUGUST KÜHN

Im Culengebirge bestanden bereits früher sozialdemokratische Organisationen als in der Stadt Breslau. Der Weber **F l o r i a n P a u l** hatte im Frühjahr 1864 mit Lassalle in Berlin verhandelt und wurde dann von diesem zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Wüstegiersdorf ernannt. Auf der Generalversammlung dieses Vereins 1865 in Braunschweig waren



bereits elf Gemeinden aus dem Culengebirge vertreten. Im Juli 1866 hielten die Genossen aus diesen Dörfern bereits einen schlesischen Arbeitertag in Wüstewaltersdorf ab. Paul übersiedelte später nach Berlin. Er gehörte dem ersten Schub der unter dem Ausnahmegesetz aus Berlin Ausgewiesenen an und ging nach Amerika, wo er am 18. März 1914 in New-York im Alter von 81 Jahren starb.

Durch diese Bewegung war der Schneider **A u g u s t K ü h n** in Langenbielau für die Sozialdemokratie gewonnen worden und

er wurde auch bald der anerkannte Führer im Culengebirge. Als in Breslau die Bewegung erwachte, trat er mit den Genossen in Verbindung und war öfter in ihren Reihen. Am 29. Juli 1872 beschäftigten sich die Breslauer Genossen mit der Frage der Wohnungsnot. Kühn griff in die Debatte ein und legte dar, daß die Wohnungsnot restlos erst im sozialistischen Volksstaate beseitigt sein werde. Am 5. März 1876 tagte in Breslau ein schlesischer Arbeitertag, zu dem auch Kühn als Delegierter erschienen war. Nachstehende von ihm eingebrachte Resolution fand Annahme:

„Der schlesische Arbeitertag fordert den in diesem Jahre stattfindenden Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf, zu beschließen: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschland geht nur selbständig bei den nächsten Reichstagswahlen vor und unterstützt sowohl bei der Hauptwahl wie bei den engeren Wahlen nur solche Kandidaten, die das Parteiprogramm voll und ganz anerkennen und von der Partei direkt aufgestellt werden.“

Weiter wurde ein Antrag Kühns angenommen, der die Herausgabe einer Broschüre „Was wir brauchen“ anregte. Wie das Parteiverhältnis zwischen dem Culengebirge und Breslau lag, beweisen die Stimmenverhältnisse der Wahl von 1871. Im Kreise Reichenbach-Neurode erhielt der Sozialdemokrat 1680 Stimmen während die Breslauer Genossen in ihren beiden Kreisen nur 174 und 175 Stimmen aufbrachten. Schon 1877 entsandte Reichenbach-Neurode in August Kapell den ersten Sozialdemokraten aus Schlesien in den Reichstag, während Breslau erst 1878 mit der Wahl von Reinders folgte.

Auch während dem Ausnahmegesetz war Kühn oft in Breslau. Er kandidierte mehrmals im Wahlkreise Reichenbach-Neurode, konnte aber dort kein Mandat erlangen. Als Kräcker 1888 starb, stellten die Breslauer Genossen bei der Nachwahl, die am 14. Januar 1889 stattfand, als ihren Kandidaten den Schneidermeister August Kühn aus Langenbielau für den Westkreis auf. Bei der Hauptwahl glückte es den Genossen doch, eine Wählerversammlung abhalten zu können. Sie tagte in einem kleinen Saale in Morgenau, weit abgelegen von dem Kreise, der zur Wahl stand. Kühn referierte und konnte sich somit den Wählern vorstellen. Es blieb nur die Agitation von Mund zu Mund in den Werkstätten und den Stammlokalen der Arbeiterschaft übrig. Zu der Agitation in den Schanklokalen wurden die Mittags- und die Abendstunden und ganz besonders die Sonntage benutzt. Mit einigen bekannten Genossen zog Kühn von Lokal zu Lokal und Sonntags speziell auch in die Tanzlokale, in denen die Arbeiterschaft verkehrte. Damals war aber noch mehr wie heute Kornschnaps das Nationalgetränk in den Breslauer Arbeiterkreisen. Sobald nun Kühn ein Lokal betrat, reckten sich ihm vom Schenktisch aus ein Duzend Hände mit gefüllten Gläsern entgegen und überall sollte er mittrinken, resp. Bescheid tun. Viele würden eine Ablehnung beleidigend

empfundener haben und so ist es erklärlich, daß Genosse Kühn noch nach Jahrzehnten diese Agitationsgänge als „Nichtouren“ bezeichnete, denn er mußte auch dabei nüchtern bleiben. Trotz aller polizeilichen Lokaltreibereien und allen sonstigen hindernden Maßnahmen war die Begeisterung in Arbeiterkreisen eine geradezu erhebende.

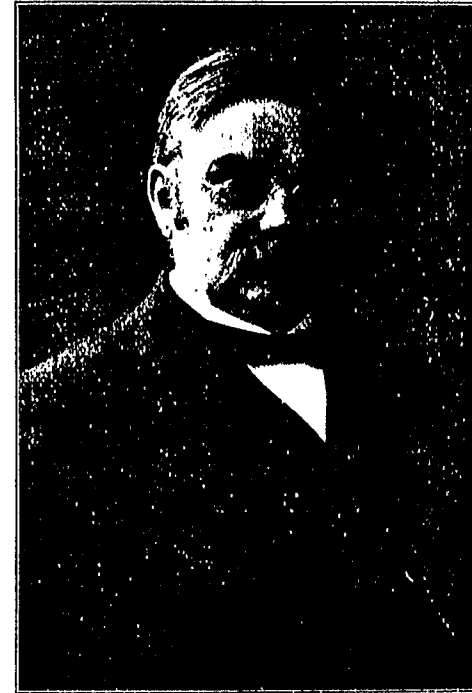
Die Hauptwahl brachte noch keine Entscheidung. Kühn kam in Stichwahl mit dem Kandidaten der Freisinnigen, Friedländer. Jetzt glückte es, noch zwei eigene Wählerversammlungen möglich machen zu können. In einer sprach Wilhelm Liebknecht im „Eisbär“ und im „Schwarzen Bär“ in Pöpelwitz referierten Kühn und Geißer. Kühn wurde mit 9949 Stimmen gewählt; sein Gegner Friedländer hatte nur 8237 Stimmen erhalten. Mit August Kühn trat seit langer Zeit wieder einmal ein sozialdemokratischer Novize in den Reichstag ein. Seine Jungfernrede hielt er am 3. April bei der Beratung der Alters- und Invalidenversicherung.

Zur Reichstagswahl 1890 wurde Kühn wieder in Breslau-West aufgestellt. Er kam mit dem freisinnigen Redakteur Bollrath in Stichwahl. In dieser unterlag Kühn, der es auf 13 282 Stimmen brachte; Bollrath brachte 13 600 Stimmen auf.

Kühn blieb bis an sein Lebensende mit den Breslauer Genossen in engster Fühlung. Später vertrat er noch in verschiedenen Legislaturperioden den Wahlkreis Reichenbach-Neurode im Deutschen Reichstage. Er starb am 18. März 1916.

MAX SCHÜTTE

In Straßund als Sohn eines dortigen Professors geboren, kam Schütte 1877 als junger Student nach Breslau. Der Sozialismus war ihm unbekannt. An der Berliner Universität hatte man den Privatdozenten Eugen Dühring gemahregelt und die Breslauer Sozialdemokraten beriefen aus diesem Grunde am 28. Juli eine Volksversammlung nach dem „Café-Restaurant“



ein. Da mußte Schütte dabei sein. Mit einem handfesten Knüttel ausgerüstet, ging er in die Versammlung, in die Höhle des Löwen. Maximilian Schlesinger referierte, Dr. Richard Kanfer sprach in der Debatte; einfache Arbeiter griffen sachverständig in die Diskussion ein, so der Sattler Kräcker, der Damenschneider Köslner. Eine ganz neue Welt stieg vor Schüttes Augen auf, war das die Sozialdemokratie, über die seine Kommilitonen mit Spott und Widerwillen sprachen? Er hatte Feuer gefangen, nun ging er in jede Versammlung und vertauschte das Saulustkleid mit dem

Paulustleid. Bald hatte er persönliche Verbindungen angeknüpft, besonders war ihm der geistreiche, humorvolle Schneider Rudolf Schumacher ein lieber Freund geworden. Mit jugendlichem Feuereifer stand er nun in den Reihen der Arbeiter, für deren Klasseninteressen kämpfend.

Schütte war ein genauer Beobachter, ausgerüstet mit einem glänzenden Gedächtnis, das ihn auch heute noch verlassen. Mit Leib und Seele hängt er an seinen alten Breslauer Erinnerungen und so ist mir mein lieber, alter Max ein so opferfreudiger und unerseetzlicher Mitarbeiter bei der Abfassung der „Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“ geworden. Wenn dieses Geschichtswerk so lückenlos in einer Zeitepoche ausfällt, wo sehr schwer oder überhaupt nichts Brauchbares zu finden war, so haben dies die Breslauer Genossen zum guten Teil diesem braven Mitkämpfer zu danken.

Schütte verließ Breslau, um einige Semester an der Leipziger und der Berliner Universität zu verbringen, dann kam er wieder nach Schlesiens Hauptstadt zurück. Sofort war er wieder in den Kreisen der Parteigenossen, überall zur Stelle, wo er gebraucht werden konnte, auch vor keiner Kleinarbeit zurückschreckend. Dies konnte nicht ungerächt bleiben und er erhielt folgendes Schreiben:

Breslau, den 2. August 1880.

Herrn Max Schütte, stud. phil.,

erlauben wir uns mitzuteilen, daß seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei der Grund war, welcher uns veranlaßte, ihn von dem Verkehr in unserem Verein auszuschließen.

Der akademisch-literarische Verein.

J. M.:

Julius Schiff, cand. philos.

Bei einer Kranzniederlegung am Grabe Lassalles und auch bei anderen Gelegenheiten wurden Schüttes Personalien festgestellt und dies trug nicht dazu bei, dem jungen Studenten das Fortkommen zu erleichtern. Mehrmals griff er in bürgerlichen Versammlungen als Diskussionsredner ein, am 18. Oktober 1882 zum Beispiel in einer konservativen, in der er auf die soziale Frage einging, das Ausnahmegesetz stark kritisierte und seine Beseitigung forderte.

Nachdem Schütte sein Staatsexamen absolviert und seine Studien beendet hatte, verließ er Breslau, um in seiner Heimat Stralsund seine Schulamtslaufbahn zu beginnen. Die pflichteifrige Breslauer Polizei hatte es nicht unterlassen, ihn der dortigen Polizei als großen Sozialdemokraten zu signalisieren. So mußte er schon am Beginn Schwierigkeiten in seinem Amte überwinden.

Bei einer bei Rudolf Schumacher abgehaltenen Haussuchung hatte die Polizei ein Bild Schüttes und zwei Briefe gefunden, aus deren Inhalt sie ersah, daß der Stralsunder Realgymnasiallehrer seiner Ueberzeugung treu geblieben war. Zu dem großen Breslauer Geheimbundsprozeß im Jahre 1887 holte man Schütte als Zeugen heran. In der „Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“ hat er einen sehr interessanten Bericht über die Verhandlungen dieses Prozesses geschrieben, sowie seine Eindrücke über die Bewegung bei seiner Wiederkehr wiedergegeben.

Die Vorladung nach Breslau erschütterte seine Position in Stralsund von neuem. Raum beachtenswerte Kleinigkeiten im Amtsverhältnis wurden aufgebauscht und verärgert nahm Schütte seinen Abschied. Er war ledig geblieben und siedelte nun nach Berlin über. Hier schlug er sich einige Jahrzehnte lang ehrlich und gerecht als Schriftsteller durch, referierte in Versammlungen und hielt freireligiöse Leichenreden. Schließlich kam das Alter, der Krieg, die Inflationszeit; seine Ersparnisse waren entwertet. Er vermochte die eigene Wohnung nicht mehr aufrechtzuerhalten und mußte nach einer Stiftung in Berlin-Nord übersiedeln. Dort traf er einen Schicksalsgefährten, auch einen von der verdienten alten Garde, den Berliner Ferdinand Ewald, einst Bergolder und Stadtverordneter. Schütte, der trotz seines Alters geistig frisch ist, hält noch Versammlungen in kleineren Kreisen ab.

Dieser edle Mensch und opferfreudige Parteigenosse hätte wahrlich einen angenehmeren Lebensabend verdient.

CHRISTIAN FISCHER

Aus seiner meerrumschlungenen Heimat Schleswig-Holstein war der Zigarrenmacher Christian Fischer nach Breslau übergesiedelt. Genossen, die ihn noch gekannt haben, schildern ihn als einen sehr vornehmen Charakter, der wortfarg, aber umsichtig und konsequent in der Bewegung tätig war. Er entstammte der nordischen Kerntuppe der Tabakarbeiter.



Bei der Reichstagswahl 1881 hatten zwar die Genossen beide Breslauer Wahlkreise behauptet, doch eine öffentliche Versammlung vermochten sie nicht zustande zu bringen, so schwer lastete der Druck des Ausnahmegesetzes. Im Wahlkampfe schon vermischten sie sehr eigene Versammlungen, sie hofften aber in anderer Form eine Versammlung zu ermöglichen, um durch sie agitatorisch zu wirken. Ins Auge gefaßt wurde eine solche der Tabakarbeiter und Tabakinteressenten. Die Notlage der ersteren war sehr arg, dazu drohte Tabaksmonopol und Tabakssteuer sie noch zu ver-

schlimmern. In dieser Branche hatte die Sozialdemokratie sehr viele und überzeugte Anhänger und so konnte man hoffen, durch diese etwas zu erreichen.

Den Bemühungen des Zigarrenarbeiters Späth gelang es endlich, für den Abend des 6. Februar 1882 in Weberbauers Lokal eine Versammlung zustande zu bringen. An den Anschlagstafeln prangte ihre Bekanntmachung mit folgender Tagesordnung: „Stellung zum Tabaksmonopol und Absendung einer Petition an den Reichstag.“ Der Referent wurde nicht genannt und die Unterschrift lautete einfach: Das Komitee. Daraus aber, daß die Plakate bei Zimmer & Co. gedruckt waren, konnte man ersehen, daß die Sozialdemokratie dahinter steckte. Eine schwierige Lösung war die Referentenfrage. Den forschen Draufgänger Feltenberg glaubte man nicht nehmen zu können und so ersah das Komitee als Redner Christian Fischer. Dieser war 1876 auf einem Verbandstage der Zigarrenmacher genötigt worden, das Wort zu ergreifen und hatte er allen als Redner gefallen. Die Zigarrenmacher Späth und Kläschel wurden Vorsitzende, Nergler und Mohaupt Schriftführer. Fischer referierte in sehr sachlicher und anschaulicher Weise, man hatte mit ihm einen guten Griff getan. An der Diskussion beteiligte sich der Fortschrittler Tischler und die Genossen Feltenberg vom Standpunkte der Tabakarbeiter aus, Kräcker, der den Standpunkt der Händler vertrat und Kulkmann vertrat den der Konsumenten. Der gute Verlauf dieser Versammlung hob das Parteileben sehr.

Als 1889 der Gedanke der Gründung eines Sozialistenheims in Breslau aktuell wurde, stand Fischer wieder als Redner seinen Mann. Gemeinsam mit Bruno Geiser, dem Schneider Kuhlemeier und dem Former Oskar Schück propagierte er diese Sache. Er hatte sich inzwischen als Fabrikant etabliert. 1890 wurde seine Kandidatur für einen der beiden Breslauer Reichstagswahlkreise in Betracht gezogen, doch wurde dann Franz Tuzauer im Ostkreise aufgestellt. Fischer betrieb dann die Gründung einer Freidenkergemeinde in Breslau. In dem neugegründeten Verein übernahm er die Kassenverwaltung. Dem geschäftsführenden Ausschusse für Bildungsbestrebungen, die Geiser arrangiert hatte, gehörte Fischer gleichfalls an.

Geiser hatte neben den „Schlesischen Nachrichten“ ein neues Parteiorgan gegründet, das er „Die Wahrheit“ nannte, dessen Redakteur Christian Fischer war. Das Wochenblatt konnte sich nicht lange halten.

Später verließ Fischer Breslau, die Genossen haben über seine weiteren Schicksale nichts mehr erfahren.

EDUARD FELTENBERG.

Das Ausnahmegesetz setzte besonders in Breslau mit einer unerwarteten Strenge ein, die es veranlaßte, daß sich mancher, der bisher seine Pflicht getan hatte, sich ängstlich zurückhielt. Dies läßt sich von dem Zigarrenmacher **E d u a r d F e l t e n b e r g**, geboren am 25. Januar 1854 in Posen, nicht behaupten; ein sehr begabter und schlagfertiger Mann, trat er mit einer solchen Energie und Unverfrorenheit auf, daß die Genossen oft für ihn fürchteten.



Feltenberg wurde bald der „Schrecken“ in bürgerlichen Versammlungen, denn eigene vermochten die Sozialdemokraten nicht zu veranstalten. Am 28. März 1881 hatten die Hirsch-Duncker'schen Arbeiter eine Versammlung zum Protest gegen die Unfallversicherungsvorlage der Regierung einberufen. Nach dem etwa eine Viertelstunde währenden Referate des Gewerkevereiners meldete sich Feltenberg zum Wort. Vorsichtig wurde er nun gefragt, für welche Partei er sprechen wolle? Die Antwort Feltenbergs lautete: „Das ist eine komische Frage, ich bin Arbeiter.“ Darauf erhielt er

nicht das Wort. Ebenso erging es einem anderen Arbeiter, in dem die Versammlungsleiter gleichfalls einen Sozialdemokraten vermuteten. Um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, wurde die Versammlung kurzerhand geschlossen. Vor den Versammlungen, die von bürgerlicher Seite veranstaltet wurden, riet Feltenberg stets den Genossen, in großer Zahl hinzugehen, um sie zu sprengen. Besonders scharf war er auf die Versammlungen der Stöcker-Anhänger. Doch die Partei lehnte diese Sprengversuche aus taktischen Gründen ab.

Nun bot sich bald Gelegenheit für Feltenberg, sein Talent zu beweisen. Den Genossen war es nicht mehr gelungen, Lokale zur Veranstaltung eigener Versammlungen zu erhalten, deshalb wollten sie es nun unter einer anderen Flagge versuchen. Es sollte eine Versammlung werden, die sich mit dem drohenden Tabaksmopol und der Erhöhung der Tabaksteuer beschäftigte. Feltenberg gelang es, eine solche Veranstaltung im „Deutschen Kaiser“ zu arrangieren. Alle Vorbereitungen waren getroffen, da zog der Wirt die Saalzulage zurück. Doch einige Monate später konnte eine solche Versammlung in dem Weberbauer'schen Lokal stattfinden. **C h r i s t i a n F i s c h e r** referierte und Feltenberg griff tüchtig in der Diskussion ein.

Zur Reichstagswahl 1881 reiste Feltenberg mit einem Trupp taktfester Agitatoren in das Culengebirge und in den Kreis Neurode. Sie konnten nach ihrer Rückkehr nicht genug das Elend schildern, das sie dort vorgefunden hatten.

Unter den gegnerischen Versammlungen, die unsere Genossen im Wahlkampfe besuchten, sei nur die vom 17. Oktober 1881 erwähnt, sie tagte im „Schießwerder“ und der konservativ-christlich-soziale Salzbrunn hielt seine Kandidatenrede. Feltenberg, der jüdischer Religion war, drängte sich etwas dreist vor und geriet in scharfe Auseinandersetzungen mit Antisemiten. Vor einer derben Tracht Prügel retteten ihn nur seine Parteifreunde, die in starker Zahl zu seinem Schutze herbeieilten. Am Schlusse der Versammlung brachte er ein donnerndes Hoch auf die Sozialdemokratie aus. Einige Tage später war er wieder in einer Salzbrunn-Versammlung bei Pletsch, doch ließ man ihn nicht reden. Dem Studenten **M a x S c h ü t t e** hatte man versprochen, das Wort erteilen zu wollen, doch wurde die Zulassung zurückgezogen infolge der fortwährenden heftigen Auseinandersetzungen zwischen Feltenberg und der Versammlungsleitung.

Wie die meisten anderen Genossen, wurde auch Feltenberg viel mit Hausfuchungen belästigt; in einer Woche fanden vier bei ihm statt. Die Reichstagswahl war geschlagen, und es erschien die bekannte Kaiserliche Botenschaft. Die Konservativen versuchten der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben und in Handwerkerkreisen für sich Stimmung zu machen. Sie beriefen zum 15. Dezember eine Versammlung in das Lokal von Pletsch, in der der Staatsanwalt

v. Uechtritz = Steinfirk referierte. Ausdrücklich waren nur Konservative eingeladen, aber trotzdem ging Feltenberg mit einem Sturmtrupp hin. Dies sollte für einen Genossen ein übles Nachspiel haben. Der Maler Gustav Heil blieb bei dem unvermeidlichen Kaiserhoch sitzen und wurde deshalb wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Als am 18. März 1882 Albert Träger in einer Versammlung der Fortschrittler sprach, wurden Kräder und andere Genossen als Besucher zugelassen, doch Feltenberg verwehrte man den Zutritt. Am 22. März 1882 waren Kräder, Kulmann, Zimmer und Feltenberg angeklagt, in Flugblättern „Staatseinrichtungen verächtlich gemacht“ zu haben. Kräder und Feltenberg hatten sechs verschiedene Flugblätter verbreitet, obwohl ihnen durch das Sozialistengesetz die Befugnis dazu entzogen war. Alle vier Genossen wurden verurteilt; Feltenberg zu zwei Monaten Gefängnis.

Auch die Ohlauer Genossen veranstalteten eine Versammlung der Tabaksinteressenten. Meißner leitete sie und Feltenberg referierte. Er gefiel den Ohlauern so gut, daß sie ihn für die nächste Reichstagswahl zum Kandidaten aufstellen wollten. Bald aber sollte Feltenberg erfahren, daß gegen ihn wegen der Ohlauer Versammlung ein neues Strafverfahren eingeleitet war. Er sollte als Referent gesagt haben, die Regierung verbrauche das durch Steuern aufgebrachte Geld zu „Puppen und Kanonen“. Er wollte gesagt haben: Zu „Truppen und Kanonen“. Die Sache sah sehr bedenklich aus.

Eine Versammlung der Konservativen tagte am 12. Mai 1882 im „König von Ungarn“. Rechtsanwalt Zentker trat für das Tabaksmonopol ein, fand aber selbst bei den Konservativen damit wenig Anklang. Feltenberg kam zum Wort, bekämpfte das Monopol und riß die Stimmung der Versammlung so um, daß die konservativen Veranstalter wie die betäubten Lohgerber davonzogen.

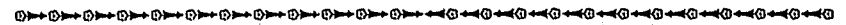
Am 28. Juni 1882 starb der Zigarrenmacher Anton Rappich im Alter von 28 Jahren an Herzlähmung. Die Genossen wollten aus Anlaß der Beerdigung dieses tätig gewesenen Parteifreundes eine große Demonstration veranstalten. Doch die Polizei wollte sie daran hindern. Am 1. Juli erschienen in der Wohnung Rappichs acht bewaffnete Polizisten, nahmen den Sarg mit der Leiche in Beschlag und ließen ihn nach der Totenhalle des Friedhofs in Oswitz überführen. Die „Hochwohlblöbliche“ hatte die Rechnung ohne Feltenberg gemacht. Dieser veranstaltete einen imposanten Trauerzug, ohne die Leiche, vom Trauerhause aus, dem er als Arrangeur voranschritt. Menschenmassen, mit roten Nelken geschmückt, teilweise Kränze tragend, folgten. Die Polizei war anfangs ratlos; doch als sie in genügender Stärke zusammen war, hatte die Beerdigung bereits stattgefunden. Sogar am Grabe hatte man kurze Ansprachen gehalten.

Nun sagte sich Feltenberg: „Jetzt wird es Zeit, daß du verdustest!“ Es war auch manches persönlich Bedenkliche über ihn den Parteigenossen bekannt geworden. Er wanderte nach Amerika aus und fand in New-York eine Heimat. Seine Familie folgte ihm nicht nach; die Breslauer Parteigenossen haben nichts mehr von ihm gehört.

Nur in J. Auer's Buche: „Nach zehn Jahren“, Material und Stoffen zur Geschichte des Sozialistengesetzes, steht über ihn folgende Angabe:

„Feltenberg, Eduard, Zigarrenarbeiter. — Lebte früher in Breslau, wo er in den Jahren 1880 bis 1882 fortgesetzt mit Prozessen verfolgt und auch wegen durch Flugblätter begangener Vergehen gegen § 131 des Strafgesetzbuches (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) in acht Fällen zu rund zehn Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Sechs Monate sind davon abgessen, den Rest schenkte er sich, nachdem er infolge der polizeilichen Verfolgungen nirgends mehr Arbeit finden konnte und sich also genötigt sah, ins Ausland zu gehen. Hausfuchungen gehörten bei ihm zu den Alltäglichkeiten. Bücher und Korrespondenzen wurden dabei gestohlen, ebenso wurde er von der Strafe auf die Polizei geholt und dort bis „auf die Haut“ untersucht. Verheiratet und zwei Kinder.“

Im Jahre 1898 übersiedelte Feltenberg's inzwischen erwachsener jüngster Sohn nach Amerika. Er traf seinen Vater in New-York. Beide sind seitdem verschollen. Feltenbergs Frau und sein ältester Sohn leben noch in Breslau.



ADOLF HEPNER.

Der erste sozialdemokratische Stadtverordneten Kandidat in Breslau war der Buchhändler Adolf Hepner. Hepner war in Breslau geboren. Mit Wilhelm Liebknecht zusammen redigierte er Ende der sechziger Jahre den in Leipzig erscheinenden „Volksstaat“, das Organ der Eisenacher Richtung der deutschen Sozialdemokratie. Später saß er mit August Bebel und



Wilhelm Liebknecht zusammen auf der Anklagebank im Leipziger Hochverratsprozeß.

In diesem Prozeß wurde Hepner freigesprochen und siedelte er nach seiner Vaterstadt Breslau über. Hier errichtete er eine kleine jüdisch-theologische Verlagsbuchhandlung und verfaßte einige Broschüren. Eine derselben: „Vier Zeitfragen in neuer Behandlung“ fand damals berechnete Anerkennung. Weniger beachtet wurde seine Schrift, die sich gegen die Errichtung kommunistischer Siedlungen in Amerika richtete. Hepner führte den Schriftsteller-

namen A. Ephren. Persönlich ließ er sich in Breslau wenig mit Politik ein, doch verkehrte er gesellschaftlich mit den Genossen.

Auf Anregung von Reinders beschloßen die Genossen, am 8. November 1875, neun Tage vor dem Wahltermine, sich an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Als Kandidat wurde der Buchhändler Adolf Hepner aufgestellt. Schon am nächsten Tage begaben sich die Genossen in großer Zahl in eine Versammlung des Bezirksvereins der Schweidnitzer Vorstadt. Hier schlug Kriemich in der Debatte Hepner als volkswirtschaftlichen Kandidaten vor, da es in der Stadtverordneten-Versammlung schon genug Juristen, aber keine Volkswirtschaftler gebe. Dann entwickelte Hepner sein Kommunalprogramm dahin, daß das Amt eines Stadtverordneten kein politisches, sondern ein kommunales und soziales sei; die von ihm zu entscheidenden Fragen seien meist materieller Natur, es komme deshalb auf eine Parteistellung nicht an, aber ebensowenig lasse sich für Fragen mehr ideeller Natur, wie z. B. für das Schul und das Armenwesen ein bestimmtes Programm nach Art der Parteiprogramme aufstellen. Unter Protest der Bezirksvereinsmitglieder wurde Hepner darauf gegen den Vereinskandidaten, Maurermeister Simon, als Kandidat für den 9. Wahlbezirk proklamiert.

Reinders und Genossen begnügten sich aber nicht damit, ihren „volkswirtschaftlichen Kandidaten“ für die 3. Abteilung zu proklamieren; sie stellten ihn auch, wie gesehen, für die 2. Abteilung auf. Wie vorauszusehen war, war das Wahlergebnis am 17. November ein sehr klägliches. Im 9. Wahlbezirk fiel von 105 abgegebenen Stimmen genau eine auf Hepner; aber auch in den Wahlbezirken der 3. Abteilung vermochte er nur vier Stimmen auf sich zu vereinigen. Ein journalistischer Gemütsathlet höhnte deshalb in der „Breslauer Morgenzeitung“, indem er schrieb: „Hätte Herr Hepner die Fahne der Sozialdemokratie offen aufgepflanzt, statt die Devise „volkswirtschaftliche Bildung“ von seinem Helme flattern zu lassen, vielleicht wäre das Resultat ein noch kläglicheres gewesen.“

Mitte der achtziger Jahre verließ Hepner Schlesiens Hauptstadt und übersiedelte nach Amerika. Dort war er einige Jahrzehnte Redakteur in St. Louis und anderen Städten. Etwa 1920 kehrte er nach Deutschland zurück und besuchte auch einmal seine Vaterstadt, ohne sich aber in Parteikreisen sehen zu lassen. Dagegen war Hepner Besucher des Görlitzer Parteitages. Er starb Ende April 1923 in München.

HERMANN ZIMMER.

Dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörte auch bereits der Buchdrucker Hermann Zimmer als Mitglied an. Als im November 1874 die Vorstandsmitglieder der Breslauer Gemeinde vor dem Rade standen, war er bereits unter ihnen. Durch die sonderbare Auslegung des alten preussischen Vereinsgesetzes waren sämtliche Mitgliedschaften des A. D. A. V. zu selbständigen politischen Vereinen gestempelt worden, die nicht miteinander in Verbindung treten durften.

Als dann im Jahre 1876 zur Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Zeitung geschritten wurde, arbeitete Zimmer in dem vorbereitenden Komitee fest mit. „Die Wahrheit“, erst Wochenblatt, erschien bald als Tageszeitung. Durch die Opferfreudigkeit der Genossen wurde eine eigene Parteidruckerei errichtet, deren Leitung Zimmer übernahm. Am 16. Juli 1877 tagte eine Versammlung der Zeitungsabonnenten. Der hier erstattete Geschäftsbericht ergab, daß bei der Begründung des Blattes eine Schuldenlast von 210 Mark vorhanden war. Als dann am 1. Dezember 1876 die Tagesausgabe ins Leben trat, hatte man einen Ueberschuß von 1500 Mark zu verzeichnen und am 1. Juli 1877 standen 2297 Mark Aktiven nur wenigen hundert Mark an laufenden Druckkosten als Passiven gegenüber. Um die zur Gründung der geplanten Druckerei für erforderlich erachteten 9000 Mark aufzubringen, wurde beschlossen, Anteilscheine von 10 Mark für die zu gründete Kommanditgesellschaft „Schlesische Volksbuchhandlung H. Zimmer & Co. in Breslau“ auszugeben. Am 1. Oktober sollte das neue Unternehmen ins Leben treten. Tatsächlich war die Opferwilligkeit unter den Parteiangehörigen so groß, daß bereits am 21. August 7000 Mark beisammen waren. Trotzdem ging die Kommission völlig sicher und auf ihren Antrag wurde beschlossen, die Eröffnung erst am 1. November erfolgen zu lassen.

Das Inkrafttreten des Sozialistengesetzes ertötete „Die Wahrheit“, doch die Parteidruckerei blieb noch einige Jahre bestehen. Nun setzten die polizeilichen Drangsalierungen gegen die Druckerei und die farblosen Ersatzblätter, die sie herauszugeben beabsichtigte, ein. Die Hausjuchungen in den Geschäftsräumen der „Schlesischen Volksbuchhandlung“ wurden bald zu einer ständigen Einrichtung. Am 1. November 1878 fand unter Leitung des Polizeikommissars H u ß m a n n eine von sechs Kriminalbeamten unternommene und sich sogar auf den Sekersaal erstreckende Jagd nach verbotenen Schriften statt. Was man suchte, wurde nicht gefunden. Dafür nahmen die Beamten einige im Privatbesitz sich befindende polnische Schriften, ein paar andere nicht verbotene Broschüren, einige Rezensionsexemplare von Feuilletonbändchen und sogar die Geschäftsbücher mit.

Am 16. Januar 1879 wurde Kräcker in der Zimmerischen Druckerei verhaftet und gleichzeitig nahm der Polizeikommissar 500 Mark mit, die er als Wahlgelber bezeichnete, obwohl die Firma Zimmer & Co. glaubhaft versicherte, daß es Geschäftsgelder seien. Die polizeilichen Belästigungen der Druckerei durch Hausjuchungen, Verbote von Druckschriften, Zeitungen usw. wurden unerträglich. Das Tollste aber war, daß am 10. März zwei Kriminalbeamte Hermann Zimmer folgendes Schreiben überreichten:

„Da sich die Schlesische Volksbuchhandlung H. Zimmer & Co. resp. deren Inhaber H. Zimmer mit der Verbreitung verbotener resp. auf Grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 zu verbietender Druckschriften beschäftigt, soll zur näheren Ueberwachung alltäglich und zu jeder Tageszeit eine Durchsuchung der gesamten Geschäftsräume stattfinden.“

Am 23. Mai 1880, anlässlich des ersten Todestages von Reinders, legte der Buchdruckereibesitzer Zimmer auf dem Grabe des Verstorbenen einen Immortellenkranz mit schwarzer Schleife nieder. Auf der Schleife stand: „Zur Erinnerung an den Sterbetag des Reichstagsabgeordneten Claas Peter Reinders — Von seinen Gesinnungsgenossen.“ Doch die Polizei gestattete die Schmückung des Grabes erst, nachdem Zimmer die Schleife mit dieser harmlosen und schlichten Inschrift entfernt hatte.

In der Zeit der Breslauer Briessperre wurden auch alle an Zimmer oder dessen Druckerei adressierten Briefe, Geldsendungen, Telegramme von der Post angehalten und zunächst dem Gericht ausgeliefert. Erst nach einer Woche und oft noch später erhielt sie dann der Adressat. Einmal bekam Zimmer einen Wechsel von 1000 Mark erst zugestellt, nachdem derselbe schon tagelang zum Protest gestellt war. Dieser ungeheuerliche Fall kam im Reichstage zur Sprache.

Am 22. April 1882 fand eine Gerichtsverhandlung gegen Kräcker, Rulkmann, Zimmer und Feltenberg statt. Sie sollten in den Tagen der Wahlbewegung in Schlesien und Posen Flugblätter aufrührerischen Inhalts verbreitet haben, die geeignet waren, „Staatseinrichtungen verächtlich zu machen“. Zimmer gab zu, die Schriften gedruckt zu haben, berief sich aber auf ein Schreiben des Justizministers, worin ihm bedeutet worden war, in seinem Broterwerb dürfe er durch das Sozialistengesetz nicht beeinträchtigt werden. Ferner sollte er den Polizeikommissar R o l l beleidigt haben. Dieser hatte am 22. Oktober, wohl schon zum fünfzigsten Male, bei ihm eine Hausjuchung vorgenommen, um Flugblätter zu beschlagnahmen. Als er keine fand, beschlagnahmte er Zimmers Privatbibliothek und da rief dieser aus: „Herr Kommissarius, Sie haben sich Uebergriffe in ihren Funktionen erlaubt!“ Zimmer gab diese Aeußerung zu, behauptete

aber, in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt zu haben. Alle vier Angeklagten wurden verurteilt; Zimmer zu 6 Monaten Gefängnis.

Schon bei der Zusammentragung des Anlagematerials und ganz besonders aus den Verhandlungen des Sozialistenprozesses Windhorst und Genossen war zu ersehen, daß die Behörden einen großen Schlag gegen die Parteidruckerei planten. Die Genossen beschäftigten sich eingehend mit der Sicherung ihres Besitzes. Die Firma Zimmer & Co. verschwand; an ihre Stelle trat die Firma „Buchdruckerei und Verlagsgeschäft Silesia“. Auch die bisherigen Geschäftsführer H. Zimmer und Störmer traten zurück; an ihre Stelle trat Julius Kräcker. Durch den Abschluß eines entsprechenden Kaufvertrages, glaubte man die Sicherung des Parteigeschäfts getroffen zu haben. Doch die Behörden führten die Vernichtung der Parteidruckerei durch.

Zimmer, der sich mit Cohn und Schlesinger überworfen hatte, gründete ein Konkurrenzunternehmen, die „Neue Breslauer Gerichtszeitung“. Dieses Blatt fand bald eine große Leserschaft, galt es doch bei einigen Genossen als geheimes Parteiorgan, was es wirklich nicht war. Später bewilligte Zimmer, der Kräckers verzweifelte wirtschaftliche Lage sah, diesem einen jährlichen Betrag von 3000 Mark. Dies alles aber konnte Kräcker nicht retten bei den fortwährenden fürchterlichen Schlägen, die auf ihn herabsausten. Man denke nur an den Diätenprozeß.

Die Beiseitstellung Zimmers hätte sich zu aller Wohlgefallen ausgelöst, wenn nicht dieser ewige Krieg zwischen den beiden Gerichtszeitungen gewesen wäre, der verbitternd auf das Partei-
leben einwirkte. An die Fersen Zimmers heftete sich Wilhelm Runert, ein Schuft, dessen Denunziation dem alten Cohn ein Jahr Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung einbrachte und der bald nach dieser Heldentat der Partei den Rücken kehrte. Nicht zu billigen war die Haltung Zimmers gegenüber dem von Conrad gegründeten Parteiblatt „Die Breslauer Volksstimme“.

Hermann Zimmer entfremdete sich immer mehr der Partei, er widmete sich nur noch seiner „Neuen Breslauer Gerichtszeitung“.

CARL KULKMANN

Am 28. Juni 1843 in Glaz geboren, erlernte Kulkmann später in Wien das Tischlerhandwerk. Er ging auf Wanderschaft und landete schließlich in Breslau. Im Jahre 1873 trat er der Partei, Eisenacher Richtung, bei und war er besonders bei den Reichstagswahlen 1877, 1878 und 1881 hervorragend tätig, wofür er von der Polizei mit insgesamt 33 Hausdurchsuchungen bedacht



wurde. Bei der Wahl im Jahre 1881 kandidierte Kulkmann im Reichstagswahlkreis Schweidnitz-Striegau.

Kulkmann war nicht nur in der politischen Bewegung rührig tätig, sondern auch in den Gesang- und Turnvereinen wirkte er für unsere Ideen. Die von der Arbeiterschaft gegründeten Vereine dieser Art waren stets dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen. In den Gesangvereinen der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter, in den Turnvereinen der Handwerker, überall tauchte er auf und war als stimmbegabter Sänger und tüchtiger Vorturner gern gesehen. Besonders stolz war er dann, wenn er zu den Wahl-

arbeiten wieder frische, auf diese Art gewonnene Sangesbrüder oder Turngenossen mitbringen konnte. Die Parteiausflüge hatte er und seine Familie am meisten beliebt, denn er besaß einen sprudelnden, unverwüßlichen Humor.

Auch Frau **M a r t h a K u l k m a n n** war eine eifrig tätige Parteigenossin, sie hatte so manchen nächtlichen Streifzug mitgemacht, wenn es galt, Plakate anzukleben, Flugblätter zu verbreiten oder „Schmiere zu stehen“. Die Kolportage des „Sozialdemokrat“ für die Genossen des Schweidnitzer Lozes hatte sie einige Jahre allein erledigt.

Kulkmann hatte sich ein gutes Versteck für diese kostbaren Zeitungen geschaffen, so daß sie auch der findigste Spitzel nicht fand. Unter einem Kinderbette hatte er sich eine verborgene Schublade angefertigt, in der die Zeitung bis zu ihrer Ablieferung aufbewahrt wurde. Innerlich schmunzelnd sah das Ehepaar des öfteren, wie die Polizeibeamten bei Hausfuchungen auch diese Bettstelle bis auf den Boden untersuchten, alle Betten herausnahmen und auch in dem Strohsack herumfucheten aber vergebens. Kulkmann war eben ein findiger Tischler! Kurz vor seiner Abreise nach Amerika erschien die Polizei wieder einmal, drei Mann stark, morgens um 6 Uhr zur Hausfuchung. Kulkmann selbst hatte keine Ahnung von der Gefahr, die diesmal über seinem Haupte schwebte, denn am vorhergehenden Abend hatte in seiner Abwesenheit **A u g u s t S c h i e l o w s k y** ein Bündel des „Sozialdemokrat“ gebracht, welches seine Frau auf einen sehr hohen Kleiderschrank gelegt hatte. Als die Polizei erschien, lag die ganze Familie noch in den Federn, außerdem war Besuch von außerhalb anwesend und waren daher in Ermangelung ausreichender Bettstellen Bretter auf die Stühle gelegt worden und Betten darauf, um weitere Lagerstätten zu bilden. Diesmal war die Polizei bei ihrem Suchen nicht sehr gründlich und da kein Stuhl frei war, sah man nicht einmal auf dem Schrank nach.

Schließlich wurde dem Polizeikommissar **S a r t u n g** die öftere vergebliche Sucherei zu viel, er gab Kulkmann den Rat, doch endlich einmal aus seinem Revier wegzuziehen. Die Polizei wisse ganz genau, daß von seiner Wohnung aus die Verbreitung der Zeitungen erfolge, aber außer Pfandscheinen habe man bei ihm noch nichts Gedrucktes oder Geschriebenes gefunden. Kulkmann sagte ihm, wenn er verbotene Zeitungen in seiner Wohnung vermute, solle er nur gründlich nachhaken; er sei doch nicht etwa verpflichtet, dem Kommissar den evtl. Aufbewahrungsort zu zeigen. Märgelich erklärte ihm Hartung, er solle doch die politische Wühlerei einstellen oder nach Amerika auszuwandern, wenn er dies nicht lassen könne. Achselzucken war Kulkmanns Antwort, der bereits im Besitze der Karte zur Ueberfahrt war. Nach seiner Abreise hatte seine Frau noch einige Hausfuchungen zu erleiden, dann erst war die Polizei beruhigt.

In Parteikreisen sah man Kulkmann ungern scheiden. Seit langer Zeit ging es ihm knapp. Er war ein tüchtiger Arbeiter, aber kein Geschäftsmann und daher ging es mit seiner Tischlerei immer mehr bergab. Außerdem wurde er wegen „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Daher faßte er den Entschluß, nach Amerika auszuwandern und Frau und Kinder nachkommen zu lassen. Die Partei brachte für ihn erhebliche Summen auf, um ihm die Ueberfahrt und die Gründung eines festen Asyls zu ermöglichen. Da Kulkmann fürchten mußte, die Polizei habe Wind von seinem Plane und würde seiner Abreise Schwierigkeiten in den Weg legen, fuhr er nicht von Breslau weg, sondern wanderte nach der Station Klein-Mochbern. Einigen Genossen, die ihn begleiteten, rief er beim Lebewohl zu: „Wenn Ihr nach Amerika kommt, werdet Ihr eine Stütze an mir haben.“ Bald darauf erschien tatsächlich ein Schutzmann in seiner Wohnung, der ihn zur Strafverbüßung abholen sollte; er fand ihn aber nicht mehr vor. Im Jahre 1882 in Amerika angekommen, trat er sofort der Partei bei. Hier half er 1884 den „Arbeiter-Sängerbund für Neuyork und Umgegend“ gründen und den „Wahlverein der Schloffer“ ins Leben rufen, der zu den Reichstagswahlen 1884 und 1887 ein schönes Scherlein beitrug. Von diesem opferfreudigen und braven Mitkämpfer hatten die Breslauer Sozialdemokraten später nichts mehr gehört; bald erinnerten sich nur noch wenige Zeitgenossen seiner Tätigkeit. Da, im Juli 1913, brachte die „Volkswacht“ einen der „Neuyorker Volkszeitung“ entnommenen Artikel, worin Carl Kulkmann zum siebzigsten Geburtstag gratuliert wurde. In diesem Artikel wurden die Verdienste des Alten um die Partei gewürdigt und von ihm selbst wurde gesagt: „Kulkmann, der in Nr. 33 Webster Ave, Glendale N.-Y., wohnt, ist für sein Alter noch sehr rüstig und bei seinem Schwiegersohne in Cedarhurst L. J. beschäftigt. Er hat drei Söhne und eine Tochter, sowie verschiedene Enkelkinder und sind die Kinder den Ideen des Vaters gefolgt, dem hiermit unsere herzlichste Gratulation dargebracht wird.“

Ich schrieb sofort dem Siebzigjährigen, gratulierte ihm und übermittelte ihm die Ansicht der Breslauer Parteileitung, die ihm für seine frühere hiesige Tätigkeit dankte und Anerkennung zollte. Gleichzeitig bat ich ihn um Uebersendung seines Bildes und einiger Lebenserinnerungen für die „Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“. Bereitwillig kam der Alte diesem Wunsche nach und bewies dabei seine geistige Frische, trotzdem er schrieb: „Der Geist wird schwach und die Hand schwer.“ Während des Weltkrieges 1914 sandte er noch einmal ein Stimmungsbild über die Kriegseindrücke in Neuyork, das die „Volkswacht“ veröffentlichte.

Am 14. Juni 1915 verstarb der 72 jährige an einem Gehirnschlag; er war nur wenige Tage krank gewesen. Seine treue Ehehälfte starb am 21. Februar 1924.

HERMANN LASKE.

(Dieser Artikel stammt von dem Genossen Marx Schütte = Berlin.)

Als im Anfange der 80 er Jahre uns das Tabaksmonopol und die erhöhte Tabaksteuer drohten, gab sich in den Kreisen der Arbeiter eine starke Opposition dagegen kund. Noch herrschte das Sozialistengeis in drückender Weise und führte zu zahlreichen Prozessen und Verurteilungen. Doch suchten wir es auf alle Weise zu umgehen und fanden gerade in dem Kampfe gegen das Monopol eine geeignete Waffe, in den Tabakarbeitern tüchtige Genossen. In Schlessien war die Agitation besonders rege und förderte das Auftreten von agitatorischen Kräften. Zu diesen gehörte der junge Hermann Laske. Von armen Eltern war er 1858 geboren, hatte die gewöhnliche bescheidene Volksschulbildung erhalten, aber stets viel Wißbegier an den Tag gelegt. Er widmete sich dem Berufe als Tabakarbeiter und war in verschiedenen Städten tätig; machte zeitig die Bekanntschaft der Sozialdemokratie und schloß sich ihr mit Begeisterung an. In Ohlau, wo er längere Zeit arbeitete, ging die Bewegung auch unter dem Sozialistengeis besonders hoch. Er hielt auch wiederholt geheime Versammlungen ab. Im Beginn des Jahres 1882 wurde auch hier nach dem Muster Breslaus eine große Protestversammlung gegen das Monopol abgehalten und Feltenberg referierte. Bei der großen Begräbnisdemonstration für den Zigarrenmacher Rappich in Breslau waren die Ohlauer Kollegen sehr stark vertreten. Laske beteiligte sich mit Eifer an solchen Veranstaltungen, übersiedelte noch im selben Jahre nach Breslau und war in den dortigen sozialistischen Kreisen bald eine bekannte Persönlichkeit. Im „Schweidnitzer Keller“ hatten wir unsere Zusammenkünfte mit Schuhmacher, Feltenberg, Kulkmann, Fiedler, Kläschel u. a. und suchten uns beim kräftigen Stoff über die Misere des politischen und sozialen Lebens zu trösten. Auch Laske erschien dort oft und war auch ein willkommener Tischgenosse. Er war jetzt ein mittlerer Zwanziger, klein, mager, blaß mit dünnem Schnurrbart, von lebhaftem Wesen, verriet viel Verständnis für die Tagesfragen und auch gesunde Redegabe. In den Versammlungen anderer Parteien, von denen gerade die Konservativen uns auffallend weit entgegneten, traten wir meist geschlossen auf und suchten, wo es ging, zu Wort zu kommen. Laske tat sich dabei oft hervor. Seine Haupttätigkeit aber entwickelte er, als er nach Berlin übersiedelt war. Nach Breslau kam er noch öfter und behielt mit den dortigen Genossen Fühlung. In Berlin stand die gewerkschaftliche Bewegung unter Leitung von Ewald und Genossen wieder auf einer ansehnlichen Höhe, warf sich auch auf das politische und kommunale Gebiet und schuf in der Stadtverordneten-Versammlung eine Arbeiterfraktion. Laske war an der Agitation in hervorragendem Maße beteiligt, trat oft als Redner

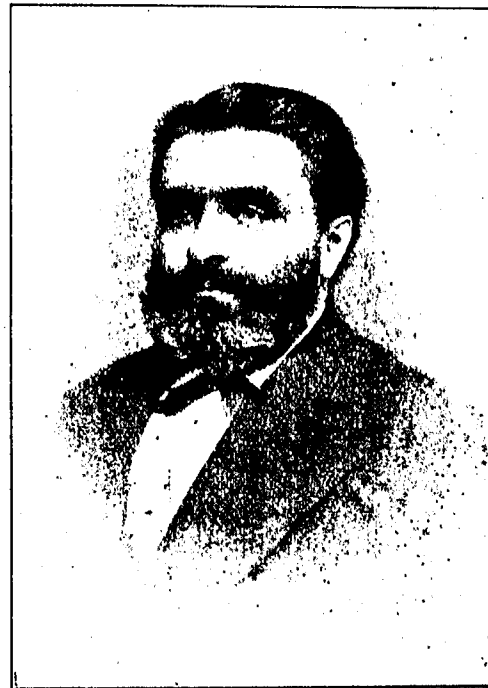
und auch als Referent auf und machte sich hier bald einen bekannten Namen, auch in den Kreisen der Frauen, die jetzt wieder eine lebhaftere Agitation in Szene setzten. Bei der Reichstagswahl von 1884 erfocht die Sozialdemokratie in Berlin und ganz Deutschland einen großen Sieg und machte immer weitere Fortschritte. Ihr den Boden abzugewinnen suchten u. a. die bürgerlichen Demokraten, indem sie eine „Demokratische Partei“ stifteten, hatten aber kein Glück. Schon die erste öffentliche Versammlung, die sie veranstalteten, wurde von den Sozialdemokraten majorisiert. Als der Einberufer sie eröffnete, verlangten diese stürmisch Bürowahl und riefen Laske zum Vorsitzenden aus. Der Einberufer erklärte darauf, die Versammlung sei nur als eine solche der Demokratischen Partei und nicht als Volksversammlung angemeldet, daher dürfe nur ein Mitglied der ersteren sie leiten und er werde den Vorsitz an Herrn Laske nur dann abgeben, wenn er der Demokratischen Partei beitreten wolle. Sofort erklärte sich Laske hierzu bereit, trug sich in die Mitgliederliste ein und übernahm den Vorsitz. Die Versammlung führte zu einem entschiedenen Sieg der Sozialdemokratie. Nach stürmischer Diskussion wurde eine sozialdemokratische Resolution, welche Laske verlas, mit gewaltiger Majorität angenommen. Laske schloß die Versammlung mit schwungvoller Rede und mächtigem Beifalle und teilte dann dem verblüfften Einberufer mit, er nähme aus der Demokratischen Partei schon wieder seinen Austritt. Auf diese Versammlung folgten mehrere ähnliche, in denen regelmäßig die Sozialdemokratie die Oberhand gewann und Laske der Hauptredner war und hatten das Resultat, daß die neue Demokratische Partei bald wieder von der Bildfläche verschwand.

Ostern 1885 reiste ich nach Berlin und wollte hier am 1. April eine öffentliche Versammlung in Sanssouci mitmachen, in der Görcki referieren sollte, fand sie aber polizeilich verboten. Mit vielen Kameraden begab ich mich in das Parteilokal von „Polaz“ in der Admiralstraße und feierte hier ein frohes Wiedersehen mit Laske. Viel hatten wir uns zu erzählen und wärmten namentlich Breslauer Erinnerungen auf. Als ich ihn nach der Rurgartenaffäre vom Himmelfahrtstage 1882 befragte, sagte er, davon hätten sie lange nichts mehr gehört, offenbar sei das Verfahren eingestellt worden. Mit Genugtuung teilte er mir mit, schlessische Genossen hätten ihn zum Reichstagskandidaten für die nächste Wahl ins Auge gefaßt. Er richtete sich ein eigenes Zigarrengeschäft am Engelbecken ein, und dort besuchte ich ihn noch kurz vor meiner Rückkehr nach Stralsund. Er verheiratete sich und bekam Kinder, doch waren sie schwächlich und starben schnell dahin. Auch bei ihm traten Anzeichen der Proletariatskrankheit zu Tage, und wohl wegen dieses Leidens fungierte er 1887 nicht als Reichstagskandidat, mußte auch sein agitatorisches Wirken immer mehr einschränken. Betreffs der Rurgartenaffäre befand er sich gleich vielen anderen im Irrtum, denn

sie wurde ausgenützt in dem großen Breslauer Geheimbundprozesse, der im November 1887 zur Verhandlung kam, und zu dem auch ich als Zeuge geladen wurde. Im folgenden Jahre reiste ich viel nach Berlin und fand Laste als Zigarrenfabrikanten in der Rüdersdorfer Straße wieder. Sein Aussehen war schon sehr leidend, sein Wesen aber recht frisch und mit Vergnügen führte er mich bei bekannten Genossen ein, bei denen er sehr in Ansehen stand. Ich berichtete ihm von dem Breslauer Prozesse und hob hervor, welche niederträchtige Rolle hier wie in anderen Geheimbundprozessen die Lockspitzerei gespielt habe und welche böse Verdächtigungen unter den Genossen entstanden seien. Laste versetzte, das sei in Berlin gerade so, hielt im übrigen aufrecht, daß in Breslau Conrad und Schumacher als Spione gewirkt hätten, wovon er freilich mich nicht überzeugte. Sein Befinden verschlimmerte sich in der nächsten Zeit, und 1889 fand ich ihn sehr hinfällig. Doch war er noch immer geistig rege und nahm an den Tagesereignissen den lebhaftesten Anteil. Mit Freude erlebte er das Erlöschen des Sozialistengesetzes und das neue mächtige Anwachsen unserer Bewegung, mußte sich aber bald gänzlich von der öffentlichen Tätigkeit zurückziehen und suchte immer mehr dahin. Im März 1893 sah ich ihn bei einem kurzen Aufenthalt in Berlin zum letzten Male. Er wohnte jetzt in der Frankfurter Allee und rang mühsam mit dem Tode, empfing mich aber mit seiner Frau freudig und ging in der Mittagstunde mit mir in das nahe Lokal von Carl Röhl, trank da ein gutes Glas Bier, das ihm noch eine Wohltat war. Da sprachen wir von den alten und den neuen Zeiten und Laste war es ein stolzes Gefühl, daß er zu dem großen Aufschwunge unserer Sache nach Kräften mitgewirkt hatte. Beim Abschied suchte ich ihm Mut zu machen, hielt ihm namentlich vor, welche zähe Natur er habe, die auch über sein jetziges Leiden triumphieren würde, hatte freilich das wehmütige Gefühl, wir würden uns niemals wiedersehen. Und so kam es. Im Sommer verschlimmerte sich sein Zustand, er hatte auch den Schmerz, sein letztes Kind, den kleinen Willi, durch den Tod zu verlieren. Gegen seine Frau äußerte er noch manchmal die Hoffnung, mich im nächsten Frühjahr viel in Berlin zu sehen, er sollte diese Zeit aber nicht mehr erleben. Zu seinem Leiden gesellte sich Wassersucht, Abzehrung und Brand in den Beinen und am 6. Oktober wurde er durch den Tod von ihnen erlöst. Am 9. Oktober fand seine Beerdigung statt, die seine Popularität bewies, denn ein mächtiger Zug von Genossen gab ihm das Geleit, Kränze mit roten Schleifen wurden eine Menge gespendet, auch waren Polizei und Gendarmen hinreichend vertreten. Seine Witwe schrieb mir umgehend darüber. Sie hat sich später wieder verheiratet.

JOHANN WINDHORST

Anfang April 1883 kam der auf Grund des kleinen Belagerungszustandes aus Berlin und Leipzig ausgewiesene Zigarrenmacher Johann Windhorst nach Breslau. Er war am 9. Juli 1837 zu Bremen geboren und hatte seine Familie noch in Berlin. Windhorst hatte sich in seiner Jugendzeit bereits einmal in Breslau aufgehalten, denn aus seinen Personalakten ist zu er-



sehen, daß er von dem königlichen Stadtgericht in Breslau am 23. März 1859 wegen einem Zusammenstoße mit einem Beamten zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Windhorst übernahm das Kräcker'sche Zigarrengeschäft und war bald in der Breslauer Bewegung hervorragend tätig, da er, ein schon älterer Parteigenosse, praktische Erfahrungen mitbrachte.

Durch die Lumpereien eines Polizeispikels, des Handschuhmachers Anton Wessel, war es der Polizei bekannt geworden, daß in Breslau neun Gruppen der Partei beständen, die regelmäßig im Geheimen tagten. Eine dieser Gruppen, deren Leiter

dieser Halunke gewesen war, tagte in der Kaltbrenner'schen Restauration, Königgräher Straße 15. Am Abend des 2. Februar 1884 hob die Polizei diese Gruppe bei voller Arbeit aus. Die Namen einer größeren Anzahl Parteigenossen wurden festgestellt und nun hatte die Behörde das sehulichst erwartete Material zu einem größeren Prozesse.

Windhorst war nicht bei der Aushebung betroffen worden, doch die Polizei kannte ihn als den Breslauer Führer und der verräterische Lump hatte ihn am meisten belastet, deshalb wurde er im April in Untersuchungshaft genommen. Sein Geschäftslokal wurde polizeilich geschlossen. Weiter wurden noch vier Genossen „wegen Fluchtverdachts“ in Untersuchungshaft genommen. Bis zum Herbst 1884 hatte der Staatsanwalt das Anlagematerial gegen Windhorst und Genossen zusammengetragen und zwar in der Form der Geheimbundsprozesse der neuen Ära. Es war dies der erste Prozeß dieser Art und auch hier gebührt Breslau der „Ruhm“, vorangegangen zu sein.

Der Prozeß Windhorst und Genossen tagte vom 27. September bis 1. Oktober 1884. Er fand kurz vor den Reichstagswahlen statt. Angeklagt waren elf Genossen. Der Schuft Weseley war inzwischen in Prag verstorben, doch er hatte seine Aussagen vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter gleichlautend gemacht, von dem Letzteren war er vereidigt worden, daher wurde in der Verhandlung bei jedem Angeklagten auf die ihn belastenden Aussagen des Weseley zurückgegriffen. Wo das nicht ausreichte, war Frau Weseley zur Stelle, um die Angaben ihres Mannes gleichfalls eidlich zu unterstützen, da sie sehr oft in Gesellschaft des Verstorbenen den Gruppensitzungen beigewohnt hatte.

Die Anklage beschuldigte Windhorst, als Stifter und Leiter einer Verbindung gebient zu haben, deren Dasein und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte und zu deren Zwecken und Bestrebungen es gehörte, die Vollziehung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 durch ungesetzliche Mittel zu verhindern. Polizeikommissar Roll bezeichnete Windhorst als den Führer der Partei und der Gruppenvereine Breslaus und jagte, daß in seinem Zigarrenladen, den er nur zum Schein halte, Tag und Nacht die Mitglieder der Sozialdemokratie verkehrten. Weseley hatte bekundet, daß Windhorst den „Sozialdemokrat“ verbreite und habe ihm dieser öfter welche zum Zwecke der Weitergabe übergeben. Auch die Beitragsgelder würden an Windhorst abgeliefert. Frau Weseley unterstützte die Angaben, indem sie bekundete, daß sie ihren Ehemann öfter nach den Gruppensitzungen begleitet oder ihn von dort abgeholt habe. Häufig habe sie dabei Windhorst getroffen, der ihren Ehemann veranlaßte, Sammlungen unter den Parteigenossen vorzunehmen und ihm das Geld zu bringen.

Das Gericht verurteilte zehn von den Angeklagten zu insgesamt 36 Monaten — 3 Jahren Gefängnis. Davon entfielen auf

Windhorst sieben Monate Gefängnis. Dieses echt Breslauer Urteil erbitterte die Genossen und spornte sie für den Wahlkampf an. Es gelang auch, beide Breslauer Reichstagswahlkreise der Sozialdemokratie zu erhalten.

Nach Verbüßung seiner Strafe wurde Windhorst auf Grund eines im Jahre 1842 erlassenen W a g a b u n d e n g e s e h e s aus Breslau ausgewiesen. Dasselbe Schicksal traf gleichzeitig den Genossen C o n s t a n t i n J a n i s c z e w s k i. Gemeinsam verließen die beiden „Wagabunden“ Schlesiens Hauptstadt und wandten sich nach Berlin, wo sie zunächst in dem Heim der Familie Windhorst's Unterkunft fanden. Da für den Letzteren das Berliner Ausweisungsverbot noch bestand, konnte er nur in einer Verkleidung zu seiner Frau zurückkehren.

Windhorst siedelte später nach Rathenow über, wo er im Jahre 1910 hochbetagt verstorben ist. Bis zu seinem Lebensende blieb er ein treuer Mitkämpfer.

CONSTANTIN JANISCZEWSKI

Die Breslauer Genossen leiteten auch die Agitation für die Provinz Posen, wozu sie das in polnischer Sprache geschriebene Material aus Genf (Schweiz) bezogen. Von dort aus waren zwei aus Warschau geflüchtete Revolutionäre, der Genosse Mendelsohn und Frau Janowska, eifrigst bestrebt, Anhänger unter der polnischen Arbeiterschaft zu gewinnen. Ihnen zur Seite stand der



jugendliche Buchbindergehilfe Constantin Janiszewski, der aus Grätz in der Provinz Posen stammte. In seinen Wanderjahren lernte er den Sozialismus kennen und in Genf schloß er sich sofort dem Komitee der polnischen Sozialisten an. Um die Herstellung der Schriften zu verbilligen, erlernte er das Schriftsetzen. Die polnischen Genossen konnten nun ihre Zeitungen, Broschüren und Flugblätter selbst setzen und drucken; sie brachten die fertigen Exemplare auch selbst bis zur Grenze, manchmal sogar bis an Ort und Stelle. Da die Einnahmen knapp waren und die Genossen sparsam wirtschaften mußten, mieteten sie sich ein kleines Haus und

bereiteten sich ihre Mahlzeiten selbst. Sie bildeten somit eine kleine Kommune, die der Bewegung zuliebe ihr Tun und Können unentgeltlich zur Verfügung stellte.

In der Provinz Posen planten sie ein intensives Vorgehen und eruchten daher im Jahre 1881 die Breslauer Parteifreunde um eine Zusammenkunft. Der Reichstagsabgeordnete Kräcker nahm die Sache in die Hand und die Polen folgten der Einladung nach Breslau. Nachdem sie hier ihre Angelegenheiten erledigt hatten, siedelten sie nach Posen über, wo sie ein großes Arbeitsfeld vorfanden. Von Organisation war keine Spur; wie überall in Deutschland waren es auch hier die Zigarrenmacher, welche am besten zusammenhielten und mit deren Hilfe sie versuchten, die Arbeiter heranzuziehen, um sie über ihre Klassenlage aufzuklären.

Aber es dauerte nicht lange, bis die Polizei aufmerksam wurde, umso mehr, als auch die Posener polnischen Blätter auf die Gefahren der sozialdemokratischen Agitation unter den Polen aufmerksam machten. Jetzt ging die Jagd gegen die polnischen Genossen los. Nach und nach wurden sie verhaftet und in das Posener Untersuchungsgefängnis gebracht. Nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft wurde die Verhandlung gegen Mendelsohn und Genossen auf den 20. Februar 1882 anberaumt. Diese Verhandlung dauerte eine Woche und endete mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagter. Janiszewski erhielt wegen Aufreizung zum Klassenhaß zwei Jahre drei Monate Gefängnis, die er in Plöckensee bei Berlin verbüßte.

Im September 1884 hatte er seine Strafe verbüßt und sofort kehrte er auf seinen gefährlichen Posten nach Posen zurück, um den Zusammenhang wieder herzustellen und die Agitation in die Hand zu nehmen. Unbehelligt verlebte er dort zunächst einige Monate. Als er aber im Januar 1885 polizeilich angemeldet wurde, begannen sofort die polizeilichen Verfolgungen und zwei Monate später wurde er auf Grund eines im Jahre 1842 erlassenen Vagabundengesetzes aus Posen ausgewiesen. Janiszewski übersiedelte nach Breslau, wo er sofort wieder in Reich und Glied seine Parteipflichten erfüllte. Er beteiligte sich auch an einigen Zusammenkünften junger Studenten, in denen in zwangloser Weise über Politik und Sozialismus diskutiert wurde. Nach zwei Monaten wurde er auch aus Breslau auf Grund desselben Gesetzes ausgewiesen.

Darauf lebte er in einem Berliner Vororte, bis er von dem berüchtigten Polizeibeamten Hring-Malow entdeckt wurde, der sich in den Bezirksverein Osten als Mitglied eingeschlichen hatte. Nach einer bei Janiszewski vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde er wieder ausgewiesen; dasselbe Schicksal erlebte er in 28 anderen Orten. Im Posener Reichstagswahlkreis kandidierte er für die Partei. Im Jahre 1887 hoffte der so maßlos Gehezte, endlich ein Bleibe gefunden zu haben, er wurde Expedient des

„Sächsischen Wochenblattes“ in Dresden, eines Parteiorgans. Doch sehr schnell ereilte ihn wieder das Schicksal. Anlässlich eines Flugblattes wurde Janiszewski nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft wegen Aufreizung zu zwei Jahren und einer Woche Gefängnis verurteilt.

Inzwischen begann Anfang 1888 in Posen ein großer Geheimbundsprozess, dessen Verhandlungen etwa drei Wochen währten. Unter den Angeklagten befand sich Constantin Janiszewski, der Schwiegersohn Krüders. In diesem Prozess trat das Polizeispitzel-Unwesen recht deutlich hervor. Es zeigte sich, daß diese Spione, getrieben durch ihre Habgier, um die reichen Einnahmen aus dem Reptilienfonds zu behalten, förmlich zu dem Gewerbe der agents provocateurs verleitet wurden. Das Treiben der Geheimpolizisten *Jhring-Mahlow* und *Naporra*, der hauptsächlichsten Belastungszeugen in diesem Prozesse, gab den sozialdemokratischen Abgeordneten Gelegenheit, das Treiben dieser Leute bei den Beratungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu geißeln. Preußens Polizeiminister v. *Buttkamer* lobte diese beiden als pflichttreue Beamte; er mußte aber selbst zugeben, daß nur habgierige Nichtgentlemen, das heißt Menschen niedriger Gesinnungsart, sich zu dem Geschäft des Polizeispions hergeben. In diesem Prozesse wurden zwölf Genossen, die schon lange in Untersuchungshaft gesessen hatten, zu insgesamt 14¾ Jahren Gefängnis verurteilt. Davon entfielen auf Janiszewski ein Jahr wegen Geheimbündelei und sechs Monate wegen Halten des „Sozialdemokrat“.

Bei der Strafverbüßung hat man Janiszewski ein ganzes Jahr hindurch wegen Fluchtverdachts in Ketten gelegt, die ihm selbst nachts nicht abgenommen wurden. Alle seine Beschwerden bei den zuständigen Behörden wurden abgewiesen vom Ministerium mit der Begründung, daß die polnischen Genossen seine Befreiung versuchen wollten. Sogar die Bewegung in der freien Luft, die in Preußen jedem Gefangenen gestattet wird, wurde ihm verweigert. Lektüre verwehrte man ihm, selbst die Bibel wurde ihm vorenthalten. Trotz seiner Beschwerde heizte man im Winter seine Zelle nicht, die er alle Tage (wegen Ausbruchsgefahr) mit dem ganzen Inventar wechseln mußte. Beim Regierungsantritt Friedrich III. wurde Janiszewski auf Grund des Amnestieerlasses ein Jahr von der Gefängnisstrafe gestrichen. Doch wurde er sofort nach der verbüßten Strafe aufs neue ausgewiesen.

Im Jahre 1890 stellten die Berliner Genossen Janiszewski als Kandidaten für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis auf, wo er mit *Birchow* in Stichwahl kam, in dieser aber unterlag. Er wurde später in *Rixdorf* erst Gemeinderatsmitglied und dann Stadtverordneter. Janiszewski errichtete in Berlin eine Buchdruckerei. Dieser edle Märtyrer unserer Sache starb am 22. Juli 1923, 68 Jahre alt, plötzlich im Kreise seiner Familie.

PAUL FLÄSCHEL

Der Zigarrenmacher Paul Fläschel wurde am 4. November 1856 zu Briegsdorf bei Brieg geboren. Schon als ganz junger Mann war er eifrig für die Sozialdemokratie tätig. Als er nach Breslau übersiedelte, meldete die Brieger Polizeibehörde der Breslauer, daß Fläschel ein gefährlicher Agitator der Sozialdemokratie sei. Dieser Steckbrief wirkte später im 1887er Geheimbundsprozess für Fläschel belastend.



In Breslau wurde er ein kleiner Zigarrenfabrikant und stand sofort mit an der Spitze der Bewegung. In der Anlagenschrift des genannten Prozesses heißt es über ihn: „In der Tat hat er auch seit 1881 hier in Breslau sich sozialdemokratische, den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckende Bestrebungen zum Geschäft gemacht. Er ist bei den Wahlen zu dem Reichstage regelmäßig zu dem ersten Mitgliede des Wahlkomitees gewählt worden; in dieser Eigenschaft hat er sich an den meisten Versammlungen beteiligt, hat Wahlflugblätter und Aufforderungen

zu Geldsammlungen herstellen und verbreiten und hat sich die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ hierorts angelegen sein lassen.

Er hat sich geständig beteiligt bei den Versammlungen im „Oderflößchen“ und „Schaffgotschgarten“, ferner bei Rösler, in Cosel, in Hundsfeld-Sacrau; er ist ferner geständig, bis zum 1. April dieses Jahres Abonnent des „Sozialdemokrat“ gewesen zu sein. Seine Angabe, daß er die Blätter nach Empfang sofort vernichtet habe, ist ebensowenig glaubwürdig wie die, daß er zu den Versammlungen nur zufällig gekommen ist. Bezüglich der Versammlung am 23. Januar 1887 in Scheitnig hat er übrigens selbst zugegeben, daß er mehreren Freunden von der Anwesenheit Singers erzählt habe.

Das Wahlkomitee hatte bei der letzten Reichstagswahl ein Flugblatt behufs Empfehlung der Kandidaten Kräder und Kanfer herausgegeben, welches gegen die Vorschriften des Pressegesetzes verstieß. Fläschel ist deshalb von dem königlichen Schöffengericht in Breslau zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Weiter hat er aber auch ein Flugblatt, enthaltend eine Aufforderung zu Geldsammlungen zu Wahlzwecken, drucken und verbreiten lassen. Auch sind im Wahlbüro Gelder zu gleichen Zwecken gegen Verabfolgung roter Quittungsmarken gesammelt worden. Da diese Sammlungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, ist im Wahlbüro an die Zentralleitung geschrieben worden, worauf der Reichstagsabgeordnete Singer 2000 Mark eingesendet hat. Es ist klar, daß der Angabe des Fläschel, ihm sei von diesen Sammlungen nichts bekannt, ein Glaube nicht beizumessen ist, zumal er ja auch von den eingegangenen Geldern diejenigen Zettelverteiler bezahlt hat, welche für dieses Geschäft entgeltlich engagiert waren.

Daß Fläschel aber auch auswärts bekannt ist als ein Haupt der hiesigen Verbindung der Sozialdemokratischen Partei, geht aus zwei bei ihm beschlagnahmten Briefen hervor. In einem Briefe des Zigarrenmachers Anton Lühner aus Lissa vom 17. Mai 1887 werden innere Parteiangelegenheiten besprochen, in dem zweiten Briefe, von dem Zigarrenarbeiter Anton Schäfer in Dortmund vom 7. Mai 1887 herührend, erwähnt Schreiber seine früheren Geldsendungen zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung von Arbeitsstreiks und schreibt: Mit herzlichem Glückauf; Hoch die Organisation und kollegialischem Gruß.“

Es ist fürchterlich, derartige Verbrechen in einer Anklageschrift lesen zu müssen! Ja, ja, es war ein hartgesottener Teufelsbraten, dieser Fläschel, und die Polizei wußte viel von ihm zu melden! Doch ich weiß noch viel mehr von seinen Taten und habe alles getreulich in der „Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“ registriert. Denn das, was die Polizei von ihm ermittelt hatte, brachte Fläschel im Geheimbundsprozesse bereits sieben Monate Gefängnis ein.

Fläschel gehörte zu den niemals ermüdenden Arbeitskräften der Partei; er besaß einen außergewöhnlichen Pflichteifer und öfter auch einen beißenden Humor. Einst schnüffelte der Polizeikommissar Feder ständig hinter Hasenclewer her. Fläschel verbeugte sich höflich und sagte: „Gestatten, Herr Kommissar, daß ich vorstelle: Herr Reichstagsabgeordneter Wilhelm Hasenclewer!“

Die „sieben Monate“ waren unserem Fläschel doch zu starker Tabak; stillschweigend schüttelte er den deutschen Staub von seinen Pantoffeln und verlegte seinen Wohnsitz nach Amerika. Dort ist er heute noch unermüdet für die Ideale des Sozialismus tätig. Er ist Inhaber einer Tabak-Manufaktur in Newyork und steht noch immer in Korrespondenz mit Breslauer Parteigenossen. Nach dem Weltkriege, während der Inflationszeit, hat dieser brave Kämpfer noch einmal der alten Heimat einen Besuch abgestattet.